

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7 Janowitz 9004. Postcheckkonto Berlin Nr. 4460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 781 B BERLIN • Mittwoch den 28. Dezember 1932 1 JAHRGANG

Nazi-Feme – Nazi-Terror.

Leipart und Schleicher.

Gerüchte und Fälschungen.

Von Fritz Grob

Man sagt von der gegenwärtigen politischen Lage mit Recht, daß die Klassengegensätze sich infolge der Krise ungeheuer verschärft hätten. Da die Krisenlasten vornehmlich auf die Arbeiterschaft abgewälzt wurden, so liegt nichts näher, als daß diese sich klassenmäßig mit ihren Ausbeutern auseinandersetzen und sich ihrer entledigen, ehe eine günstigere Lage für die Ausbeuterklasse den Arbeitern erneut unerhörte Lasten aufbürdet durch Krieg, Inflation oder Faschismus.

Eine Aufdeckung und Verschärfung der Klassengegensätze hat die sozialistische Arbeiterschaft, die die Beseitigung jeder Klassenherrschaft will, nicht zu fürchten.

Andererseits die Kapitalistenklasse, die gerade alles Interesse hat, ihre Klassenherrschaft zu erhalten, zu verdecken und sich eine Massenbewegung zu schaffen wie z. B. die der Nationalsozialisten, die grundsätzlich jeden Klassenkampf ablehnt und auf Volksgemeinschaft schwört.

In diesem die Arbeiter verdummenden Gerede von Volksgemeinschaft ist der gefährliche Berührungspunkt von Nazi- und SPD-Politik.

Unter den geschilderten Gesichtspunkten ist auch zu betrachten die Haltung der Gewerkschaften zur Regierung Schleicher und die Abwehr, die der ADGB augenblicklich gegen die Verdächtigung führt, er hätte mit führenden Nationalsozialisten bei Schleicher verhandelt.

Die „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 51 veröffentlichte dazu folgende Erklärung des Bundesvorstandes des ADGB, die selbstverständlich auch durch die gesamte Gewerkschaftspressung ging:

„Seit längerer Zeit werden im Reiche andauernd Gerüchte verbreitet, wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der Nationalsozialisten Verhandlungen mit dem Ziele gegenseitiger Annäherung geführt würden. Wir wiederholen nochmals, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind.

Neuerdings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die die Verleumdung des Klassenverrats des ADGB dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen „Protokolle“ ist am 2. Dezember d. J. in der Zeitung „Volkswille“ (Lenin-Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden.

Wir erklären, daß diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem ganzen Inhalt frei erfunden sind. Unser Rechtsbeistand hat mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der unverkennbare Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen „Erfindungen“ ist die Arbeiterschaft mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.

So wichtig es natürlich ist, über die bestrittenen Verhandlungen mit nationalsozialistischen Führern und angeblichen Protokollen darüber die Wahrheit zu erforschen, wir dürfen unsere Urteilsbildung über die heutige Politik des ADGB nicht solange zurückstellen bis in diesem Punkt die Wahrheit erforscht ist und wir dürfen dies Urteil nicht allein auf die einerseits behaupteten und andererseits bestrittenen Verhandlungen mit NS-Führern stützen.

Auch wenn solche Verhandlungen mit NS-Führern gar nicht stattgefunden haben und wenn auch gar keine Verhandlungen mit Schleicher stattgefunden hätten, für unsere Urteilsbildung liegt das unbestrittene Verhalten der Gewerkschaften und ihrer Führer vor uns. Es ist durch folgendes gekennzeichnet:

1. Nachdem durch einen unerhörten Lohndruck und eine geradezu irrationale Verwüstung der Massenkaufkraft mit und ohne Achtung vor dem modernen Arbeitsrecht und der Sozialversicherung die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf ein Elendniveau gedrückt worden ist, halten sich die Gewerkschaften noch immer zurück von der Führung größerer, entscheidender Lohnkämpfe zur Erhaltung und Verbesserung der Löhne. (Die Führung kleiner Kämpfe im Maßstabe kleiner Betriebe oder Branchen ist nicht entscheidend. Kampfberettschaft ist vorhanden zumal dort, wo die Freien Gewerkschaften führend vorgehen. Die Erwerbslosen sind keine Gefahr für Streiks, nicht als solche bewiesen worden ist durch die Kämpfe nach der Notverordnung vom 6. September.)

2. Die Gewerkschaften scheuen sogar jede außerparlamentarische Mobilisierung von Massen — die nicht ein festes Be-

Drei Tote, mehrere Verletzte.

Am Montag wurde im Sand der Talsperre Malter bei Dresden die Leiche des SA-Mannes Hentzsch, in Säcke gehüllt und mit Steinen beschwert, gefunden. Sie wies einen Brustschuß auf. Seit dem 4. November war Hentzsch vermißt. An jenem Abend war er von drei SA-Leuten zu einer Besprechung bestellt worden. Als die Polizei bei diesen Dreien nach dem Vermissten forschte, verschwand einer nach dem anderen. Daß es sich um einen Fememord handelt, ist ziemlich sicher.

In Bottrop wurde am Sonntag früh ein Mann namens Szeotok erschossen. Er hatte bei seinem Schwager, dem Bergmann Contura, in der Stube gesessen. Contura ist Nazi und war wegen einer Schießerei mit Kommunisten in Untersuchungshaft, aus der er soeben amnestiert worden war. Am Sonntag früh klopfte es bei ihm am Fenster. Szeotok wollte hinausgehen. Als er auf der Schwelle war, krachten Schüsse; Szeotok brach blutüberströmt zusammen und starb im Krankenhaus. Eine Frau mit zwei Kindern bleibt noch im Krankenhaus. Mehrere Angehörige ans Fenster und vor die Tür eilten. Die Polizei hat zwei Kommunisten verhaftet, die die Tat leugnen. Auch wir vermuten die Täter in einem anderen Lager.

In den Nächten vor Weihnachten waren die Nazis in Berlin mit den Revolvern an verschiedenen Stellen aktiv. Unter anderem schossen in der Nacht zum Sonnabend sechs Nazis aus einem Auto auf ein Arbeiterlokal im Weidenweg. Dabei wurde der Arbeiter Först durch Arm- und Beinschuß verletzt.

Nazis unter sich hatten in der Nacht zum Sonnabend einen Zank in ihrem Lokal in der Anhaltstraße 4 in Berlin. Die unterlegene und auf die Straße geworfene

kenntnis zur Politik der „Eisernen Front“, also mindestens der SPD-Politik mitbringen — zu Protestaktionen.

Beweis: Die so gut wie geheime Organisation der sogenannten „öffentlichen“ Kundgebung von ADGB und AFA-Bund am 18. Oktober 1932 und die verheißenen, aber kaum irgendwo veranstalteten öffentlichen Kundgebungen, die den Auftakt zu der Werbeaktion für die Gewerkschaften bilden sollten.

3. Die immerfort abgegebenen Bekenntnisse von Gewerkschaftsführern: daß sie es in bezug auf Nationalismus mit jedem aufnehmen, daß sie einer so elenden Wirtschaftspolitik, wie der Papens, „eine Chance gaben“ und daß sie der Regierung Schleicher „die Anerkennung nicht versagen“, wenn es ihr gelingt, die Arbeitslosigkeit einzudämmen; alles dies ist kennzeichnend für das Verhalten der Gewerkschaften.

Bei Kenntnis dieser Tatsachen macht es sich der „Aufwärts“, die Wochenzeitung der Berliner Gewerkschaften, zu leicht, wenn er in seiner Nr. 50 meint, es gingen den Kritikern der Gewerkschaftspolitik nur darum, „die Führer der Gewerkschaften zu diffamieren, um die Gewerkschaften zu schwächen“. Und die Gewerkschaftskollegen werden gewarnt: „Es ist falsch, in blasser Gespensterfurcht solchen Gerüchten auch nur den geringsten Glauben zu schenken.“

Wir können, wie gesagt, es ganz dahingestellt sein lassen, ob die Protokolle echt oder gefälscht sind und ob die, die sie veröffentlicht haben, Fälschern auf den Leim gingen. Daß letzteres möglich ist, und daß der „Aufwärts“ sich jetzt derartig zur Abwehr anschicken muß, hat doch nur darin seinen Grund, daß die Haltung der Gewerkschaften in den letzten Wochen derartig unklar war und ist, daß alle ernsthaften Anhänger sich mit Recht die allergrößten Sorgen um die Zukunft der Gewerkschaften machen mußten. Die Gewerkschaften haben es ja selber, in der Hand, durch eindeutige Erklärung und Haltung keinerlei Zweifel über ihre Politik aufkommen zu lassen. Hier haben sie eben gefehlt. Wodurch soll denn die deutsche Arbeiterschaft vor einer Schmach geschützt sein wie der, die Darragons der italienischen Arbeiterschaft infolge seines Ueberlaufens zu

AUS DEM INHALT:

Argentiniens Krisenkampf 1932.
Das Gold und die Neger.
Amerikanischer Gewerkschafts-Kongreß.
Klassenjustiz? Klassenjustiz!
Hitlers Kampf gegen die Rivalen.
Ein Fuchs unter Menschen.

Gruppe holte einen Polizeihauptmann. Als der sich einmischte, zog der Nazi-Arzt Dr. Doepner gegen ihn seine Pistole. Der Polizeioffizier schoß schließlich und verletzte Doepner schwer.

Aus Hamburg sind zwei Schießereien von Nazis aus der Nacht zum Sonntag gemeldet: in der Hammerbrookstraße und in Eimsbüttel.

Drei mit Säure und Karbid gefüllte Flaschen wurden am Sonnabend gegen das Haus des Pfarrers Fischer und eines Polizeiinspektors in Saalfeld (Thüringen) geworfen. Zwei Flaschen explodierten, eine im Zimmer des Pfarrers. Sachschaden. Täter unbekannt.

In Frankfurt (Main)-Bockenheim starb vor einigen Tagen der dortige Führer der Eisernen Front, Franz Braun. Im Mai war er von Nazis vom Rade heruntergerissen worden; die Banditen hatten ihm den Schädelknochen zerschlagen. Jetzt starb er an den Folgen einer Operation, die durch seine Kopfverletzung notwendig geworden war.

Mussolini bereitete, wenn nicht durch eine ernsthafte Klassenkampfpolitik?

Wenn Schleicher in seiner Rundfunkrede selber erklärte: „Auf Bajonetten kann man nicht gut sitzen“, so sollen die Gewerkschaften ihn ruhig solange ausschließlich darauf sitzen lassen, bis etwas anderes mit ihm und seinem Anhang geschehen kann, und ihm keinerlei Gewerkschafts-Schemel zur Stütze reichen.

Es ist falsch, was die „Holzarbeiter-Zeitung“ Schleicher bereits in Aussicht stellt — dessen Regierung sie einen „Ausschuß der reaktionären Gegner der Arbeiterklasse“ nennt und unmittelbar hinterher sagt: „Wenn es ihr gelingt, durch umfassende Arbeitsbeschaffung die Arbeitslosigkeit wirksam einzudämmen, werden wir ihr die Anerkennung nicht versagen.“ — Wir hören bei allem nur die überflüssige „Anerkennung“!

Die Arbeiterschaft hat von ihren Organisationen heute zu fordern: Konsequenz entsprechend dem Lippenbekenntnis zum Klassenkampf und eindeutige Haltung, die jeden unberechtigten Zweifel einfach ausschließt; dann sind alle Enthüllungen und Untersuchungen über angeblich „gefälschte Protokolle“ des „Klassenverrats“ unnötig. Dann werden auch die bewegten Klagen über mangelndes Vertrauen verstummen, weil berechtigte Gründe für Vertrauen vorhanden sind.

Um alle Mißverständnisse nach Möglichkeit auszuschließen, erklären wir, daß es selbstverständlich notwendig ist, bei der Kritik an den Gewerkschaften sich die nötigen Beschränkungen aufzuerlegen, und also leichtfertige Verdächtigungen oder gar Beschimpfungen zu vermeiden. Und den Gewerkschaftskollegen selber können wir nur immer wieder sagen, nicht aus den Gewerkschaften fortzulaufen, sondern Hand anzulegen, daß sie der Erfüllung ihrer Aufgaben wieder zugeführt werden. Auch heute noch sind die Gewerkschaften die umfassendsten Klassenorganisationen des Proletariats, die in den bevorstehenden Kämpfen eingesetzt werden müssen. Jeder Arbeiter gehört in die Freien Gewerkschaften, in die Klassenorganisation des Proletariats.

Das Gold und die Neger.

H. M. In Kenia ist Gold entdeckt worden. Die Menge der aufgefundenen Reichtümer ist noch unbekannt, auch die Fläche Landes, die das kostbare Metall birgt, ist noch nicht bestimmt. Nur eines scheint gewiß:

Hier gibt es Gold, und an Gold läßt sich viel verdienen!

Kenia ist eine britische Kolonie in Ostafrika und grenzt im Norden an Abessinien, im Süden an Tanganjika. Kenia hat das Unglück, ein Klima zu haben, das für Europäer nicht völlig unerträglich ist; außerdem hat es eine schwarze Bevölkerung, die zum Teil außergewöhnlich fortgeschritten ist. Im Zusammenhang mit der Auffindung von Gold in diesem Lande ist in der vorigen Woche im britischen Unterhaus von dem liberalen Abgeordneten Hamilton folgende Interpellation eingebracht worden:

„Ist in dem gesetzgebenden Rat von Kenia ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der folgende Veränderungen an der Native Land Trust Ordinance (Gesetz, durch das die Vergabung von Land an Eingeborene geregelt worden ist) vorsieht: 1. Land, das für minerale Ausbeutung verpachtet worden ist, kann aus der Landreserve der Eingeborenen ausgeschlossen werden, ohne daß diesen ein gleichwertiges Gebiet zur Verfügung gestellt wird; 2. die lokalen Eingeborenenräte brauchen hiervon nicht benachrichtigt werden. Ist dieser Entwurf in Übereinstimmung mit dem Staatssekretär gemacht worden?“

Aus der Antwort des Britischen Staatssekretärs für Kolonien: „In der Native Land Trust Ordinance handelt es sich nur um Rechte auf die Oberfläche des Landes. Der genannte Gesetzentwurf ist eingebracht worden in Übereinstimmung mit mir, als vorläufige Maßnahme. Er soll sogleich auftretenden praktischen Schwierigkeiten abhelfen, die die Ausbeutung wertvoller Bodenschätze verzögern könnten. Der Hauptkommissar für die Eingeborenen hat schon ein Zirkular herausgegeben, in dem in klarer und einfacher Sprache den Eingeborenen erklärt wird, wie die Erlaubnis zur Ausführung von Bergarbeiten erklärt wird, wie die Erlaubnis zur Ausführung von Bergarbeiten vergeben und die Interessen der Eingeborenen geschützt werden. Ich glaube, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß bessere Maßnahmen gar nicht hätten ergriffen werden können, um den Eingeborenen die Angelegenheit zu erklären. Es ist im Interesse der Eingeborenen und der Regierung notwendig, daß das Gold zutage gefördert wird. Niemand wird von der Sache mehr Vorteils haben als die Eingeborenen. Sie werden für das ihnen fortgenommene Land entschädigt werden (durch Land oder Gold), und wenn das Feld erst entwickelt ist, werden viele zu sehr guten Löhnen dort Beschäftigung finden, und für ihre (?) Waren werden sie einen ausgezeichneten Markt haben, auf dem die Preise heute außerordentlich hoch sind.“

Und wenn es auch nicht die Eingeborenen, die das Gold zutage fördern, sein werden, die aus den „außerordentlich hohen Goldpreisen“ die Profite einheimen, so ist das in einer Kolonie Seiner Majestät des Königs von England nicht anders zu erwarten.

Die Begründer des Britischen Weltreichs wußten weit besser als die meisten Volkswirte die Tatsache zu würdigen, daß die Sperrung des Bodens eine der wichtigsten Grundlagen des Kapitalismus bedeutet. Da es aber in den ungeheuren Gebieten Afrikas schwer ist, das ganze Land unter den wenigen Weißen, die dort leben, aufzuteilen, hat man das Land in umgekehrter Richtung gesperrt: die Regierung Seiner Majestät des Königs von England hat gesetzlich festgelegt, daß die ursprünglichen Bewohner Afrikas sich nur noch in den Gebieten ansiedeln dürfen, die von den weißen Räubern zu diesem Zwecke auserwählt sind. Diese Gebiete heißen Reserven. Sie umfassen wenig und schlechtes Land. Das viele und gute Land dagegen ist den weißen Siedlern zur Verfügung gestellt — sie machen in Kenia ganze zwei Prozent der Bevölkerung aus; jedoch ist es selbstverständlich den weißen Untergebenen Seiner Majestät nicht verwehrt, auch in den Reserven Land für sich in Anspruch zu nehmen, wenn ihnen das in den Kram paßt. Da es vorkommt, daß die Reserven nicht aus vollkommen nutzlosem Land bestehen und nicht so abseits gelegen sind, daß die Leitung eines Weges oder einer Eisenbahn durch diese Gebiete für die Weißen sinnlos wären, sind die Afrikaner sogar in ihren Reserven ständig von den Europäern bedroht. Seit Jahren schon geht der Kampf zwischen der britischen Regierung und den weißen Siedlern von Kenia um die Frage, ob diese das Recht erhalten sollten, den Schwarzen in den Reserven Land fortzunehmen, ohne ihnen gleichwertiges Land dafür zu geben. Die Labour-Regierung hat diesen Konflikt im Sinne der schwarzen Bewohner Kenias entschieden.

Die weißen Bewohner Kenias haben stets gegen diese Entscheidung protestiert. Nie hatten sie für ihre Ansicht so gute Argumente wie jetzt, da das Gerücht in die Welt gesetzt worden ist, daß es in Kenia und ausgerechnet in den Reserven von Kenia, Gold gibt: Erstens gehören alle Bodenschätze der britischen Krone, und zweitens würde es sowie so keine kapitalistische Regierung übers Herz bringen, etwa vorhandenes Gold den Angehörigen der schwarzen Rasse auszuliefern, nur weil sich dieses Gold ausgerechnet in den Reserven befindet. Die Verpflichtung, den Schwarzen für das ihnen geraubte Land anderes zu geben, ist hinderlich, muß also beseitigt werden. Prompt würde also das Gesetz, das den Landbesitz der Neger wenigstens in den Reserven schützen sollte, aufgehoben. Unter der neuen Verordnung fehlt nur noch das königliche Siegel, und die Weißen erhalten das Recht, ohne Befragung der Landkommissionen, die Neger vom Land zu vertreiben. Das hat den Vorteil, daß nicht nur Land frei wird, wo sich angeblich Gold befindet, sondern daß auch gleichzeitig Arbeitskräfte frei werden, die dieses Land zum Profit der Weißen bearbeiten. Die Neger haben die Ehre, von diesem Raubzug gegen ihre Rechte sogar informiert zu werden.

Viele von denen, die so zu Objekten der unersättlichen Profitgier der Weißen Afrikas geworden sind, waren vor wenigen Jahren noch freie Männer in einem freien Lande. In einem Brief an den „Manchester Guardian“ schrieb kürzlich Mc. Gregor Ross, ein ehemaliger britischer Beamter in Kenia, über das Kikuyu-Volk, wie es noch im Jahre 1910 aussah. Mehr als 800 Quadratmeilen Land sind von diesen Menschen bearbeitet worden, bearbeitet auf eine Art, daß das

ganze Land das Aussehen eines einzigen großen Gartens hatte. Das Land war gut geschützt, und seine Bewohner waren friedlich; darum gab es keinen Krieg. Es gab keine Klassenscheidung, keine Arbeitslosigkeit, kein Elend. Die Kinder wurden in Schulen erzogen.

Wie hat die weiße Zivilisation auf diese Menschen gewirkt? Ihr Land wurde ihnen fortgenommen, natürlich ohne Entschädigung. Jeder erwachsene Kikuyu muß bei den Behörden gemeldet sein, erhält eine Nummer, hinterläßt einen Fingerabdruck. Wenn er sich außerhalb der ihm zugewiesenen Reserve aufhält, muß er einen Paß bei sich tragen, sonst wird er zu einer Geld- oder Gefängnisstrafe verurteilt. Wenn er seine Arbeitsstelle ohne Erlaubnis des Arbeitgebers verläßt oder sich weigert, dessen Befehlen zu gehorchen, oder die Arbeit nicht wunschgemäß ausführt, so begehrt er damit ein strafbares Verbrechen. Stroiks werden schwer geahndet. Seit 1928 kann jeder Neger wegen Diebstahls ins Gefängnis gesteckt werden, wenn er mit landwirtschaftlichen Produkten auf oder in der Nähe von einer Farm angetroffen wird und

Paul-Boncour zur Schuldenfrage

Paul-Boncour hat anlässlich der üblichen Antrittsbesuche bei den ausländischen Diplomaten mit dem amerikanischen Botschafter Fühling genommen. Der neue französische Ministerpräsident scheint fest entschlossen zu sein, in der Schuldenfrage praktischen Standpunkt Herriots zu behaupten, obwohl er erklärte, daß er sich an den Beschluß der Kammer vom 12. Dezember halten werde. Da in diesem Beschluß nicht von Zahlungsverweigerung, sondern von Verletzung der Zahlung die Rede ist, braucht Paul-Boncour sich durch diese Erklärung nicht allzusehr gebunden zu fühlen.

Herriots Rede.

Bei einem Essen des radikalsozialistischen Parteiausschusses in Lyon hielt Herriot eine Rede. Eine Lösung der Schuldenfrage, so erklärte er, sei unmöglich, solange die amerikanische Politik von einem Mann geleitet sei, der praktisch über keinerlei Machtbefugnisse mehr verfüge. Herriot selber würde jedenfalls jederzeit wieder ebenso handeln, wie er es jetzt getan habe. Man könne ihm höchstens einen Mangel an Geschick vorwerfen.

Herriot sprach dann über seine eigene Außenpolitik: Bei der Übernahme der Regierung habe er Frankreich fast völlig isoliert vorgefunden und seine ersten Bemühungen seien darauf gerichtet gewesen, ihm wieder Freunde im Auslande zu verschaffen. Die Abrüstungskonferenz, die sich festgefahren hatte, habe er dank der Unterstützung der Engländer, der Italiener und der Amerikaner wieder in Fluß gebracht.

„Friede auf Erden...!“

In Rochefort wurde am Sonnabend ein französischer Minenloper vom Stapel gelassen. Das Schiff ist 48 Meter lang, 3,5 Meter breit und kann 400 000 kg Minen aufnehmen.

Das neue italienische Unterseeboot „Bragadino“ hat im Golf von Spezia Probefahrten unternommen und bei den Tauchversuchen 101 Meter Tiefe erreicht.

Bei einer Übung der italienischen Seeschule bei Nettuno ereignete sich eine Munitionsexplosion, der fünf Personen zum Opfer fielen.

In der Nähe von Nancy stürzte am Sonnabend ein französisches Bombenflugzeug ab. Ein Fliegeroffizier kam dabei ums Leben.

Es wird weiter gemordet! Alltag im Gran Chaco.

Nach Ablauf des auf päpstliche Anregung durchgeführten 24stündigen Weihnachtsfriedens an der Chaco-Front haben die Schießereien dort sofort wieder eingesetzt.

Unmittelbar vor dem Waffenstillstand war die paraguayische Stadt Bahia Negra von bolivianischen Flugzeugen bombardiert worden.

Die bolivianische Regierung hat die Enteignung aller ausländischen Goldanlagen in der Zentral-Landesbank und in den Privatbanken verfügt, um Gelder für die Landesverteidigung flüssig zu machen. Die Besitzer des Goldes werden durch Papier „entschädigt“, nach einem von der Landesbank festgesetzten Wechselkurs. Methode: „Gold gab ich für Papier!“

Noch eine ergebnislose Konferenz.

Wie fast alle internationalen Konferenzen, die während des vergangenen Jahres stattgefunden haben, ist auch die englisch-indische Konferenz ergebnislos abgeschlossen worden. Obwohl nur versöhnlichere Elemente als Vertreter Indiens anwesend waren, konnte eine Einigung über die neue indische Verfassung nicht erzielt werden.

Japan drängt auf „vollendete Tatsachen“.

Das japanische Außenministerium hat sich in einer Erklärung gegen angebliche Confer-Bestrebungen gewandt, alle Völkerbunds-Beschlüsse zum mandchurischen Streit bis zum Regierungswechsel in Washington hinauszuschieben. Die japanische Regierung drängt darauf, daß der Völkerbund bald zu einer Beschlußfassung kommt. Ein jämmerliches Bild, daß der Völkerbund auf Roosevelt seine Hoffnung setzt, den neuen Chef eines Staates, der dem Völkerbund gar nicht angehört!

Japans Kampfkraften in der Mandchurei gehen weiter, in der Gegend der Bahn Kirin-Taopan und in der Provinz Jehol. Der japanische Kriegsminister Arai, der führende Mann des japanischen Nationalismus, hat erklärt, daß schwere chinesische Angriffe in der Provinz Jehol zu erwarten seien, „wodurch die japanischen Truppen zum Vorgehen gezwungen würden, um die Provinz endlich zu besetzen“. Dieser Nachsatz macht die Tendenz der Meldung unmißverständlich.

Vor ein paar Wochen war es Argentinien, jetzt ist es Chile: wenige Stunden vor dem Amtsantritt des neugewählten chilenischen Staatspräsidenten Alessandri hat die Regio-

der Farmer oder der Leiter der Farm der Ansicht ist, daß der Neger diese Waren gestohlen habe. Die Neger arbeiten ungefähr zehn Stunden täglich, auch Sonntags. Der Monatslohn beträgt ungefähr zehn Mark.

So sieht der „Segen der weißen Zivilisation“ in Afrika aus. Allerdings offenbart er sich auch noch auf andere Weise: Man kann ihn ablesen von den Jahresabrechnungen der Plantagengesellschaften, die in London ihren Sitz haben; man kann ihn erkennen an dem steigenden Wohlstand der weißen Siedler in Afrika!

Im Fall der drohenden Verurteilung des Schweizer Arbeiterführers Nicole forderten wir neulich, daß eine

Einheitsfront der anständigen Menschen aus aller Welt

sich bilden sollte, um gegen dieses Verbrechen zu protestieren. Wieviel notwendiger noch wäre ein solcher öffentlicher Protest im Falle der Neger von Kenia, denen, nachdem sie von ihrem freien Land in enge Reserven und aus dem Leben als freie Männer in die Schranken von Ausbeutergesetzen getrieben worden sind, nun auch noch das Letzte genommen werden soll, und für deren Rechte sich weder in Afrika noch in Europa eine starke Partei einsetzt.

Sein Hauptaugenmerk sei stets darauf gerichtet gewesen, für sein Land die notwendige Sicherheit zu schaffen, denn man dürfe nicht vergessen, daß noch schwere Gefahren vorhanden seien, weshalb er die Abrüstung auch nur im Rahmen einer wahrhaft soliden Sicherheit für möglich halte.

Abrüstung in Frankreich?

Der „Quotidien“ berichtet, daß der neue Finanzminister Chéron eine starke Herabsetzung der Heeresausgaben durchsetzen wolle. Ein solcher Plan würde allerdings schwer durchführbar sein, da er in vielen und mächtigen Kreisen Frankreichs auf scharfen Widerstand stoßen würde.

Französische Liga für Menschenrechte für Revision der Verträge.

Anlässlich der am Montag begonnenen Jahrestagung der französischen Liga für Menschenrechte schreibt Bayet in der radikalsozialistischen Zeitung „République“ über den Hauptpunkt der Tagesordnung dieses Kongresses, die Angleichung der Verträge. In einer Entschliebung, die wahrscheinlich von der Liga angenommen werden wird, wird darauf hingewiesen, daß es keine unsterblichen Verträge gebe, daß Paragraph 231 des Versailler Vertrages, der sogenannte Kriegsschuldparagraph, ein erzwungenes Geständnis und daher wertlos sei, und daß Deutschland den polnischen Korridor und die ehemaligen deutschen Kolonien zurückhalten solle. Bayet schreibt, daß die französische Regierung an dieser Kundgebung der in Linkskreisen sehr einflußreichen Liga für Menschenrechte nicht ohne Weiteres vorbeigehen könne.

— so behauptet sie — einen militärischen Umsturzversuch entdeckt und vereitelt.

Reservearmee wird abgeschoben.

50 000 polnische Arbeiter, die nach Frankreich importiert worden sind, um das Steigen der Löhne der französischen Arbeiter zu verhindern, werden demnächst, da die Erwerbslosigkeit auch in Frankreich selber für die Bedürfnisse der Kapitalisten groß genug ist, wieder nach Polen abgeschoben. Die französische Regierung ist sogar so freundlich, diese Arbeiter frei bis an die polnische Grenze zu transportieren.

Der Erfolg der irischen Zahlungsverweigerung.

Im englischen Unterhaus wurde berichtet, daß die englischen Kampfzelle gegen Irland im Laufe des vergangenen Jahres 2/3 Millionen Pfund eingebracht haben. Da die irischen Schulden an England, deren Zahlung De Valera verweigert hat, 4 Millionen Pfund betragen, müssen die restlichen 1 1/2 Millionen Pfund von den englischen Steuerzahlern aufgebracht werden.

Vor dem Sturz DeValeras?

Die irische Regierung hat angekündigt, demnächst eine siebenprozentige Kürzung der Beamtengehälter vorzunehmen. Die Labour Party, von deren Unterstützung die Regierung abhängig ist, hat erklärt, daß sie diese Kürzungen nicht stimmen würde. Wenn die Regierung diese Pläne nicht aufgibt, ist also mit einer Revolution zu rechnen.

Der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag ist am Freitag mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft getreten. Der Austausch wurde in Warschau zwischen dem polnischen Außenminister Beck und dem russischen Gesandten Antonow-Owsejenko vollzogen.

Russische Politiker erklären jetzt die Ratifikation des Nichtangriffsvertrags mit Frankreich als eine der nächsten Aufgaben. Man ist trotz des Abschlusses des russisch-französischen Nichtangriffsvertrages in Moskau nicht sicher, daß Frankreich den Vertrag ratifizieren werde.

USA zunächst noch trocken.

Kürzlich hatte das Repräsentantenhaus die sogenannte Biervorlage angenommen, die die sofortige Freigabe von 3,2 prozentigem Bier vorsch. Der Senat hat jedoch den Versuch, die Vorlage noch vor Weihnachten durchzubringen, vereitelt.

Endgültige Ziffern der Präsidentenwahlen in den USA: 22 813 786 Stimmen für Roosevelt, 15 759 266 für Hoover.

Weihnachtsamnestien.

In Ungarn wurden 140 Gefangene zu Weihnachten amnestiert. In Oesterreich ist eine Amnestie vorgeschlagen worden, die weitgehend der deutschen Amnestie gleicht.

Tod im Bergwerk.

In der Movequa-Grube (Illinois, USA) wurden am Sonnabend infolge einer Explosion etwa 50 Bergarbeiter erschüttet. Während der Weihnachtstage wurden 26 von ihnen als Leichen geborgen. Es besteht keine Hoffnung, daß noch einer gerettet wird.

Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft?

Zum Abschluß unserer Rundfrage über die Beteiligung von Arbeiterorganisationen am Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) bringen wir heute unsere eigene Stellungnahme.

Die reaktionären und mit dem Faschismus liebäugelnden Machthaber Deutschlands hatten zweierlei im Auge bei der Schaffung des FAD: Einmal sollte er Erfahrungsgrundlagen für die spätere Einführung der Arbeitsdienstpflicht schaffen. Dieser Zweck mag hinfällig werden, wenn man vorläufig auf die Einführung der Arbeitsdienstpflicht verzichtet, weil wahrscheinlich den deutschen Machthabern die allgemeine Wehrpflicht, für die die Arbeitsdienstpflicht ja nur ein Ersatz sein sollte, in irgend einer Form (z. B. der einer Miliz) von den übrigen kapitalistischen Machthabern zugestanden werden wird. Aber auch in diesem Fall bleibt der zweite Zweck bestehen: die organisatorische Erfassung der verelendeten und arbeitslosen proletarischen Jugend und ihre Durchdringung mit nationalistischen Gedankengängen, um sie dem Klassenkampf zu entziehen.

Diese Zielsetzung für den FAD schließt eine grundsätzliche Bejahung des FAD innerhalb des kapitalistischen Staates von Seiten der Arbeiterorganisationen auf jeden Fall aus. Arbeiterparteien sollten in den Parlamenten gegen jede Bewilligung neuer Mittel für den FAD stimmen, da diese Gelder besser für ein vernünftiges Arbeitsbeschaffungsprogramm Verwendung finden.

Ebenso wenig Zweifel wie über den Zweck des Arbeitsdienstes bestehen jedoch über die Herkunft der Gelder für diese Einrichtung. Die Finanzierung des FAD erfolgt in der Hauptsache aus den Taschen der Arbeiter, sei es durch Steuergelder, sei es durch Beiträge der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Daraus ergibt sich für die Arbeiterschaft die Schlussfolgerung, solange wie es ohne Verletzung ihrer Grundsätze geht, möglichst viel von dem nun einmal fließenden Geldstrom auf die eigenen Mühlen zu leiten, um durch Einrichtung eigener Lager zu verhindern, daß junge Proletarier als einzigen Ausweg, für ein paar Monate ihrem trostlosen Elend zu entziehen, die Lager nationalistischer oder kirchlicher Verbände benutzen. Es ist nicht einzusehen, daß die Arbeiterschaft tatenlos zusehen soll, wie die Mitgliederwerbung und Schulung ihrer Feinde mit ihren Groschen finanziert wird.

Die Einrichtung eigener Lager der Arbeiterorganisationen kann jedoch nur von Fall zu Fall in Frage kommen, wenn die Umstände so liegen, daß eine gewisse Sicherheit für Durchführung des betreffenden Lagers im Sinne der Arbeiterschaft besteht. Ferner muß gesichert werden, daß durch die Arbeitsdienstwilligen nicht Arbeiten geleistet werden, durch die anderen Arbeitern der Erwerb genommen oder der Tariflohn geschmälert wird. Am sichersten wird dies ausgeschlossen, wenn Arbeiterorganisationen (insbesondere Gewerkschaften) nicht nur „Träger des Dienstes“ sind, das heißt die Leitung des Lagers in Händen haben, sondern auch „Träger der Arbeit“ sind, das heißt die Arbeit verrichten. Arbeiten dieser Art gibt es sicher genug, so vor allem den Bau von Badeanstalten, Sportplätzen, Organisationsheimen, Bodenverbesserungen u. s. w., die ohne die Heranziehung des FAD aus Mangel an Mitteln in abschbarer Zeit nicht auf ordentlichem Wege zur Durchführung kommen könnten. Ein gutes Beispiel in mehrfacher Hinsicht zeigt der Bericht eines Genossen in der Nummer 275 des „Funken“ vom Bau eines Sportplatzes im FAD durch eine Gruppe des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes. Weiter ist es wichtig, daß die Lagerführer aus den Reihen der Arbeiterschaft stammen und jede nationalistische Verseuchung und Kriegsverhetzung (wozu auch „Wehrsport“, wenn er nicht gerade als „Barrikadenkampf“ betrieben wird, „Gasschutz“-Übungen und ähnliches gehören) ausgeschlossen ist.

Dies alles ist nur möglich, wenn auch in Zukunft reine Verbandslager zugelassen werden, d. h. Lager, deren Teilnehmer zum großen oder überwiegenden Teil dem betreffenden Verband angehören. Falls solche Lager nicht mehr zugelassen, sondern durch sogenannte „Gemeinschafts“-Lager ersetzt

werden, und für den Fall, daß doch noch versucht werden sollte, die Arbeitsdienstpflicht durchzuführen, darf die Arbeiterschaft auch nicht den geringsten Zweifel bei den zuständigen Behörden aufkommen lassen, daß es

dann mit jeglicher Mitarbeit aus

ist und im Gegenteil die Genossen Zersetzungsarbeit innerhalb der dann nur noch nationalistischen Lager leisten werden, wobei die im FAD vorher gewonnenen Erfahrungen sehr nützlich sein können.

Für Sozialisten ergibt sich somit eine zweifache Aufgabe: Einerseits müssen nach Kräften diese Mindestforderungen für die Beteiligung von proletarischen Organisationen am FAD an die Arbeiteröffentlichkeit getragen und die Genossen und Kollegen zur Wachsamkeit gemahnt werden. Dies kann geschehen durch persönliche Diskussion, durch Referate und Resolutionen in Versammlungen der Arbeiterorganisationen und durch Artikel in ihrer Presse. Andererseits ist es aber auch nötig, daß revolutionäre Genossen in die Arbeiterverbandslager hineingehen, daß ferner geeignete entschiedene und zuverlässige Genossen auch die Führerkurse für den FAD mitmachen, damit nicht das Fehlen „ausgebildeter“ Führer eine Handhabe zum Verbot eines Verbandslagers bietet.

Die Arbeiterlager halten nicht nur arbeitsdienstwillige Jungarbeiter von nationalistischen Lagern fern; sie bieten auch die Möglichkeit, durch kluge sozialpädagogische Maßnahmen direkte Arbeit für den Klassenkampf zu leisten. Die durch die behördlichen Richtlinien gezogenen Grenzen brauchen bei kluger Leitung kein Hindernis zu sein. So ist beispielsweise die Tatsachenvermittlung keineswegs verboten. Es gibt so viele geeignete Literatur, um unanfechtbare Tatsachen über den Weltkrieg und den kommenden Giftgas- und Brandkrieg oder über die Klassengegensätze und deren Ursachen, sowie über die Klassenzugehörigkeit der jungen Arbeiter, die Lebensverhältnisse der verschiedenen Volksschichten zur Kenntnis zu bringen, daß es für einen Menschen mit einiger realistischer Phantasie keiner besonderen Aufforderung bedarf, für sein Verhalten und seine Stellungnahme daraus Konsequenzen zu ziehen. Auch die Diskussionen über die im FAD so beliebten weltanschaulichen und kulturpolitischen Fragen braucht ein guter Arbeiterführer nicht zu fürchten, weiten sie doch den Horizont des jungen Menschen und regen ihn zur Überprüfung seiner Grundsätze, zum vorurteilsfreien Denken an.

Deutsche Schuldige am nächsten Krieg. „Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverstärkung.“

Diese Organisation ist mit dem Ausschuß deutscher Verbände und dem Kyffhäuser-Bund zu einer Organisation mit verdienstvollem Ziel (verdienstvoll im Interesse der möglichst raschen Herbeiführung eines neuen Krieges), dem

„Aufklärungsausschuß für nationale Sicherheit“

zusammengeschlossen, die kürzlich in München ihre Hauptversammlung abhielt. Auf der Tagung kam einmütig die Auffassung zum Ausdruck — so berichtet die Telegraphen-Union —, daß nach dem bisherigen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen auf eine Abrüstung nach deutschem Muster nicht zu rechnen sei, und daß die deutsche Sicherheit nur auf dem Wege einer deutschen Wehrverstärkung erreicht werden könne. Für die Regierung ergebe sich daraus die Aufgabe, alsbald mit den Vorbereitungen für die notwendige Wehrverstärkung zu beginnen.

In Berlin wird die Luft geschützt.

Im Berliner Polizeipräsidium wurde über die bisherigen Fortschritte des Luftschutzes in Berlin Bericht erstattet. Polizeipräsident Dr. Meißner, (der sich schon in der Kunst, die

Diese hier formulierte Stellungnahme einer bodingten Teilnahme an FAD in geeigneten Fällen unterscheidet sich von jener „grundsätzlichen“ Bejahung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, wie sie in manchen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaftskreisen leider mitunter noch vertreten wird, ebenso wie von jener gleichfalls „grundsätzlichen“ Ablehnung jeder Beteiligung am FAD durch die verschiedenen kommunistischen Parteien, die zu so grotesken Zuständen führt, daß kommunistische Genossen entgegen den Parolen ihrer Partei in die Arbeitsdienstlager der Gewerkschaften laufen, und daß kommunistische Sportgruppen, wie etwa „Fichte“ in Berlin, sich ebenfalls nicht scheuen, den FAD zum Bau von Sportplätzen in Anspruch zu nehmen, ohne daß sie, wie es konsequent wäre, nun von ihrer Partei ausgeschlossen würden. Das erste ist Reformismus reinsten Wassers, das zweite ein Scheinradikalismus nach der Formel „alles oder nichts“, der nur das Ansehen und die Disziplin der betreffenden Parteien untergräbt.

Wir gehen noch auf einige Einwände ein:

Durch Beteiligung am FAD würden die Arbeiterorganisationen zu sehr an den reaktionären Staat gebunden. Die Gewerkschaften werden aber nach unserer Ansicht nicht stärker an den reaktionären Staat gebunden, als sie es auf anderen und viel gefährlicheren Gebieten heute schon sind; denn die vom Staat „ausgeworfenen“ — vorher den Arbeitern genommenen — finanziellen Mittel kommen ja nicht so sehr den „Trägern des Dienstes“ zu gute als den einzelnen Teilnehmern an den Lagern.

Es wird weiter eingewandt, die Arbeiterorganisationen hätten nicht die zur guten Leitung eines Arbeitslagers geeigneten Kräfte. Dieses Urteil erscheint uns zu oberflächlich oder voreingenommen. Unsere Tatsachenkenntnis steht dem entgegen. Im übrigen aber wird die nationalistische Verseuchung auch in dem schlechtest geleiteten und reaktionärsten Gewerkschaftslager keinesfalls so schlimm sein wie sie in den nationalen Lagern sicher ist, in die viele junge Arbeiter bei Nichtbestehen von Arbeiterverbandslagern doch laufen würden.

Der Kampf gegen den Nationalismus und die Arbeitsdienstpflicht werde durch Beteiligung der Arbeiter erschwert. Das ist nicht der Fall, solange die Mindestforderungen erfüllt sind; es kann im Gegenteil Vorarbeit für die Durchdringung etwa kommender Zwangseinrichtungen mit revolutionären Zellen geleistet werden.

Diese Stellung gegenüber dem Freiwilligen Arbeitsdienst erfüllt unseres Erachtens alle Erfordernisse jenes Leitsatzes aller realpolitischen Arbeit: Fest und unbeugsam in allem Grundsätzlichen, doch beweglich in der Taktik.

Luft vor kriegsgegnerischen Zeitungen zu schützen, gut bewährt hat), führte den Vorsitz. Auch Bürgermeister Dr. Sahm nahm an der Sitzung teil. Es wurde festgestellt, daß im Falle einer „Bedrohung der Großstadt 25 000 Kräfte für den Sicherheits- und Hilfsdienst zum Schutze der Berliner bereitstehen“. Das Ideal der am Aufbau des zivilen Luftschutzes beteiligten Verbände ist es, noch vor Ausbruch des nächsten Krieges, also möglichst schnell, dafür zu sorgen, daß jedes Haus einen ausgebildeten Luftschutzwart hat. Auf der Sitzung wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Berliner Bevölkerung künftig mehr Anteilnahme an den Luftvergiftungsmanövern dieser Leute nehmen wird.

„Hundstötisch gemeine Erpressung.“

Anlässlich der „Amnestierung so vieler bewährter Vaterlands- und Landesverräter“ hat die „Berliner Börsen-Zeitung“ einen Leitartikel über den „vaterlandsfeindlichen Knochenweichungs-Pazifismus“ geschrieben, der nunmehr „Morgensluft wittert“, vor allem über einen Aufsatz von Hellmut von Gerlach im „Dortmunder Generalanzeiger“. Die „BBZ“ stellt fest, daß „das Diktat von Versailles eine auf der größten Lüge der Weltgeschichte fundierte, hundstötisch gemeine Erpressung ist, die den ausgesprochenen Sinn hatte, das deutsche Volk und die anderen Unterlegenen des Weltkrieges allmählich zu Opfern des Hungers, der Zermürbung, des Bolschewismus werden zu lassen.“

BRUNO GLUCHOWSKI

HOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR (41)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 18

„Mensch, paß doch auf, wo du hinfährst. Trampelst mir ja die Hacken ab.“

„Kerl, halt die Fresse, quassel nicht so viel. Lauf, was du laufen kannst, sonst geh'n wir hier noch alle kaputt.“ Raus aus der Grube — zutage — in Sicherheit — an die frische Luft.

Wie die wilde Jagd fegen die Kumpels durch die Strecke, kommen durch die Wettertür in den Querschlag. Weiter, weiter, zum Schacht — hinaus aus der brennenden Höhle. Wo zwei Kumpels stehenbleiben, schauen sich vier angstgeweitete Augen an, klingt die unausgesprochene Bitte, hilf mir, Kumpel, daß ich nicht sterben muß. Dann geht es weiter, die Jagd ums Leben. Da vorn an der Krümmung des Querschlags ist ein Haufen Lichter. Warum laufen die Kumpels, denen die Lampen gehören, nicht fort, warum rennen sie nicht zum Schacht? Weiter hetzen die zwanzig Mann, jener Stelle zu. Das Herz schlägt ihnen bis in den Hals, keuchend und stoßweise geht ihr Atem. Ein paar umgeworfene eiserne Förderwagen liegen im Weg, dicke Eisenschienen sind krummgebogen. Die Verzimmerung ist auseinandergerissen, stellenweise ist das Hangende heringebrochen. Eine Riechfaust scheint hier dazwischengefahren zu sein in mutwilligem Spiel. Endlich sind sie bei den Kumpels da vorn, sehen sie die Ursache ihres Verweilens, die sie angstvoll gealmt haben. Grauen fällt sie an und Verzweiflung.

Der Querschlag ist verschüttet, der Weg zum Schacht versperrt. Diese zu einem Haufen zusammengeballten schwarzen Männer wissen: eine Rückkehr zum Tage, zum Licht, zur Sonne, zur Rettung, gibt es für sie nicht. Sie wissen, daß ein elender Tod sie erwartet. Ade, du schöne

Welt da oben. Bald werden die giftigen Nachschwaden ihre Lebensflammen verlüstet haben. Aber in dieses Todeswissen hinein lebt noch Hoffnugn und der Wille zur eigenen Rettung in ihnen.

„Wohin — wohin?“ schreien Stimmen durcheinander. „Zurück zum Gesenk, vielleicht können wir zur siebenten Sohle kommen!“ ruft Rutschenmeister Ladewig.

Sielaufen, laufen, es geht ums Leben. Immer dicker und unerträglicher wird der Qualm, einen widerlichen Geschmack spüren sie auf der Zunge. In den Wassergraben, in dem das schmutzige Grubenwasser abfließt, tauchen sie ihre Hüte und Mützen, pressen sie vor Mund und Nase, um das Eindringen der giftigen Gase in die Atmungsorgane zu verhindern. Ein junger Bursche bleibt liegen, hat sich den Fuß verstaucht. Die andern rennen weiter.

„Nehmt mich mit, laßt mich nicht hier“, schreit er verzweifelt auf, als er sieht, wie sie sich entfernen. Er versucht auf die Beine zu kommen, es geht nicht. Da kommt noch einer angerannt. „Kumpel, laß mich hier nicht kaputtgeh'n“, schreit der Junge, hält ihm die Hände entgegen.

„Verlitz?“ fragt Günther Gerling, der Junge nicht, er packt ihn sich auf die Schultern und eilt den anderen nach. Aufgeregte Stimmen reden am Gesenk durcheinander.

„Der Korb ist vom Seil gerissen und liegt im Sumpf. Der Bremser ist tot.“

„Die Fahrten hinunterklettern, vielleicht ist der Schacht noch heil.“

„Die Strebe rauf zur fünften Sohle.“

„Zur fünften Sohle? Mensch, bist du noch bei Verstand? Da läufst du ja mit den Nachschwaden und die haben dich bald aufgefressen.“

Ratlosigkeit — — Angst — — Verzweiflung — — Grausen — — Würgen in der Kehle — — aufsteigende Tränen — — und Wut — — und Toben gegen das unentrinnbare Schicksal — — und keine Hoffnung auf Rettung.

Einige klettern die Fahrten hinunter, nach kurzer Zeit dringen mehrere Schreie, Todeschreie, aus dem Gesenkschacht. Sie kommen nicht wieder, sind abgestürzt, weil die Fahrten auseinandergerissen, fünf Mann sind in den 180 Meter tiefen Schacht gestürzt, man wird nicht viel von ihnen finden.

Der Qualm wird immer undurchdringlicher, man kann ihn fast mit dem Messer durchschneiden. Schwer legt er sich auf die Lungen, behindert die Atmung. Mehrere Kumpels liegen schon bewußtlos am Stoß. Ein alter Hauer treibt einen jungen Schlepper, der liegenbleiben will, mit Fußtritten hoch.

„Komm, Hannes, du gehst tot, wenn du hier liegen bleibst.“

„Laß man, Vater, wir gehn doch kaputt. Wozu noch viel quälen.“

„Junge, bist du verrückt, ich lass' dich doch nicht hier liegen?“

Der Junge ist nicht hoch zu bringen, da packt ihn sein Vater an den Haaren, zerrt wie ein Verrückter. Jetzt erst erwacht der Junge aus seiner Lethargie, rennt mit dem Alten zurück. Ein Wettlauf beginnt, um den höchsten Preis, um das Leben.

Einige folgen ihnen, darunter auch Günther, der immer noch den Verletzten auf seinem Rücken trägt. Mit einigen anderen, die zurückkommen, prallen sie zusammen, daß einige umfallen. Schnell raffen sie sich wieder auf, fragen, schimpfen, fluchen.

„Was ist los?“

„Alles versperrt, kein Ausweg. Die Strecke liegt zu Bruch.“

Aus aller Augen stiert die Angst, die wahnsinnige Angst vor dem Tode. Das Leben, das nackte blühende Leben, wenn man es doch retten könnte, wenn man nach Hause könnte. Und ist das Leben noch so schwer, man hängt daran, man will noch nicht sterben.

„Kumpels, einen letzten Versuch!“ schreit Günther Gerling in die Masse der Mutlosen.

„Ja, aber wie? Weißt du einen Ausweg?“

Günther Gerling, ach ja, das ist der Kumpel, der in den Zeitungen schreibt, für sie, für die Bergarbeiter. Das ist kein dummes Kopf, der muß einen Ausweg wissen.

„Kumpels“, sagt Gerling, „ich denke an den Abhau in Flöz Karl, der zur siebenten Sohle getrieben wird. Soviel ich weiß, sind da nur noch höchstens zehn Meter zum Durchtreiben. Vielleicht schaffen wir's und kommen da auf die siebente Sohle.“

Fortsetzung folgt.

Amerikanischer Gewerkschaftskongreß.

Radikale Töne aus USA.

(IBG) Dem im Jahre 1931 abgehaltenen Kongreß des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) lagen verschiedene Resolutionen zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung vor. Nach eingehender Behandlung eines Berichtes über die Vor- und Nachteile sämtlicher Arbeitslosenversicherungssysteme sprach sich jedoch der Kongreß, der in der Versicherung eine Begrenzung der Freiheit der Arbeiter und ein Almosensystem sah, entschieden gegen jede Arbeitslosenversicherung aus. Er verknüpfte jedoch damit eine Drohung. Die Unternehmer wurden aufgefordert, ihre Pflichten als Beherrscher des Produktionsapparates zu erfüllen und Arbeit zu schaffen. Insbesondere aber gab die A. F. of L. der Meinung Ausdruck, daß die etwa 3 Millionen Unternehmer, falls sie guten Willens seien, zunächst einmal imstande sein dürften, im Winter 1931/32 wenigstens je zwei neue Arbeiter einzustellen und durch diese bescheidene Maßnahme die Zahl der Arbeitslosen von 7 Millionen auf 1 Million herabzusetzen.

Im übrigen, so hieß es im Bericht der Exekutive, „haben die Unternehmer die Wahl, ob die Werkstätten Gelegenheit zur Arbeit erhalten sollen oder ob das Unternehmertum infolge der Verweigerung dieser Gelegenheit zwangsweise mit einer Arbeitslosenversicherungs-Gesetzgebung bedacht werden soll: entweder Arbeit oder Arbeitslosenversicherung!“

Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit in USA nicht von 7 auf 1 Million gesunken, sondern um 4 bis 5 Millionen gestiegen. Schon ehe der diesjährige Kongreß zusammentrat, hat sich deshalb die Exekutive der A. F. of L. endgültig für die Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Sie unterbreitete in diesem Sinne dem Kongreß einen Plan über die Einzelheiten des ins Auge gefaßten Systems. Es wurden dabei drei Prinzipien aufgestellt, die bei der Einführung der Versicherung eingehalten werden sollen: 1. Der Plan soll so durchgeführt werden, „daß der Mitgliedschaft der A. F. of L. ein volles Maß der Unterstützung zuteil wird und das Recht des Beitritts zu einer Gewerkschaft sowie das Recht der Mitgliedschaft voll gewahrt bleibt. 2. Die Bezahlung einer Unterstützung soll ein Element der fixen Kosten der Industrie werden. Es sollen aus den Gewinnen der Industrie die nötigen Hilfsfonds geschaffen werden. Die Exekutive ist der Ansicht, daß es nicht gerecht wäre, wenn irgendein Teil des während der Perioden der Arbeitslosigkeit zur Auszahlung gelangenden Geldes von den Arbeitern selber aufgebracht werden müßte. 3. Es soll sich um eine obligatorische Arbeitslosenversicherung handeln. Die Durchführung und Verwaltung soll vollständig unter der Leitung und Kontrolle der Bundesbehörden sowie der Behörden der einzelnen Staaten stehen.

Auch in diesem Jahre wurden diesen Forderungen die grundsätzlichen Feststellungen vorausgeschickt: „Das einzige Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit ist Beschäftigung“... „Die Exekutive fordert zuerst Arbeit, erst in zweiter Linie Unterstützung.“

Außerst scharf sprach sich der Kongreß in diesem Zusammenhang über die Arbeitszeitfrage aus. In der programmatischen Rede des Vorsitzenden Green, die von der Presse als die schärfste Kampfrede bezeichnet wird, die der Präsident der A. F. of L. je gehalten hat, heißt es u. a., daß die Geduld der Arbeiter in bezug auf die Wirtschaftsführung zu Ende sei und daß die Politik der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung in Zukunft nötigenfalls auf Zwangsmethoden gerichtet sei. Ferner sagte Green: „Wer-

den wir uns weiterhin mit einer Wirtschaftsfrage zufrieden geben, bei der fortdauernd 11 bis 15 Millionen Menschen arbeitslos sind? Hält unsere Gesellschaftsordnung eine solche Belastungsprobe aus? Wie lange können solche Zustände geduldet werden? Die Zeit ist gekommen, wo wir der Welt sagen müssen, daß wir diese Lage nicht mehr länger dulden werden. Es müssen Aktionen eingeleitet werden, die baldige Abhilfe schaffen. Während vier Jahren haben wir an die Vernunft und an die öffentliche Meinung appelliert.“

Nach dieser Rede gelangte einstimmig ein Bericht zur Annahme, der sich für die unverzügliche weltweite Einführung des 6-Stunden-Tages und der 5-Tage-Woche unter

Partei-Kommiß — der Tod der Einheitsfront.

In Elmshorn (Holstein) hatte ein kommunistischer Stadt- und Reichstagsabgeordneter bei einer Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem bürgerlichen Bürgermeister-Kandidaten dem Sozialdemokraten seine Stimme gegeben. Er wurde daraufhin von seiner Partei gezwungen, folgende Erklärung abzugeben, die auch kommunistische Genossen nicht ohne ein Gefühl der Peinlichkeit lesen werden:

„Bei der Bürgermeisterwahl in Elmshorn am Sonnabend, dem 10. Dezember 1932, habe ich im zweiten Wahlgang für den Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei, für den Stadtrat Petersen, meine Stimme abgegeben.“

Meine Haltung bei dieser Abstimmung war politisch falsch und widersprach der politischen Linie der Kommunistischen Partei, deren Durchführung allein den Interessen der Arbeiterklasse entspricht.

Meine falsche Haltung bei der Abstimmung entsprach dem Wunsch, noch besser als bisher den sozialfaschistischen Charakter dieser Politik der SPD entlarven zu können und stellt keinerlei Vertrauensvotum für die SPD dar. Aber auch dieser Gesichtspunkt war falsch...“

Elmshorn, 15. Dezember 1932. Reinhold Jürgensen.“

In wie erschreckendem Maße wird der doktrinen Starrheit eines verfehlten Parteikurses die Kraft des selbständigen Denkens der Parteigenossen geopfert! Wo aber dieses Denken einsetzt, da wollen die Genossen die Einheitsfront, da wollen sie sie nicht bei jeder Gelegenheit sabotieren.

Fabrikant fährt vier Menschen tot.

Mit unglaublicher Rücksichtslosigkeit raste am Montag ein Limbacher Fabrikant mit seinem Auto durch eine Kurve in der Chemnitzer Straße in Limbach. Der Wagen geriet auf den Bürgersteig und riß vier Personen nieder, anscheinend eine ganze Familie: einen Mann, eine Frau und zwei Kinder. Alle vier sind gestorben. Das Auto raste dann gegen eine Gartenmauer, von dort auf den gegenüberliegenden Bürgersteig, wo es einen Zaun eindrückte und dann stehen blieb. Der Fabrikant war wohl völlig betrunken!

200 Personen sind während der Weihnachtsfeiertage in den USA ums Leben gekommen (Verkehrsunfälle, Brände, Morde, Alkoholvergiftung). Jedenfalls arbeitet die Statistik schnell in den USA!

Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lohnsätze, ja wenn möglich unter Lohnerhöhung, ausspricht. Der Bericht wendet sich entschieden gegen die Methode der Aufteilung der Arbeit, die jetzt vielerorts vertreten wird und mit ihren Lohnreduktionen mehr schadet als nützt. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Die 40-stündige Arbeitswoche zu fünf Arbeitstagen und der 6-Stunden-Tag bei 36-stündiger Arbeitswoche sind heutzutage Maßstäbe für normale Verhältnisse. In der Notlage des kommenden Winters muß die Arbeitszeit jedoch im Interesse der Arbeitsbeschaffung und des Kampfes gegen den Hunger noch weiter gekürzt werden.“

Es darf wohl gesagt werden, daß sich die A. F. of L. in jeder Hinsicht immer mehr auf den Boden der Politik stellt, die die im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen seit Jahren verfolgen. Es ist zu hoffen, daß diese Tatsache die Einheit der Arbeiterklasse der ganzen Welt um ein großes Stück ihrer Verwirklichung näher bringt.

10 Pf. Stundenlohn für junge Arbeiterinnen — den Arbeitgebern noch zu hoch!

Auf Antrag der Gewerkschaften hat der Reichsarbeitsminister die Schiedssprüche, die im Tarifstreit in der fränkisch-thüringischen Schiefertafelindustrie am 15. November gefällt worden sind, mit folgender Begründung für verbindlich erklärt:

Die in den Schiedssprüchen einheitlich für alle Betriebe festgesetzten Löhne für männliche Arbeitnehmer von

45 Pf. in der Spitze, heruntergehend bis auf 16 Pf. für die Jugendlichen, und für weibliche Arbeitnehmer von 27 Pf. in der Spitze, heruntergehend bis auf 10 Pf. für die Jugendlichen,

stellen, auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen in der Schiefertafelindustrie eine Entlohnung dar, die nicht mehr unterschritten werden kann.

Die Parteien haben untereinander eine Verständigung nicht herbeiführen können. Sie scheiterte auch jetzt wieder insbesondere an den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß einzelne Firmen die im Schiedsspruch festgesetzten niedrigen Lohnsätze unterschritten haben und damit die in der Hauptsache auf Kosten der Löhne hervorgerufenen Konkurrenzschwierigkeiten zwischen den Betrieben zum Dauerzustand erheben. Es mußte daher, um der Arbeiterschaft die Löhne der Schiedssprüche zu sichern, aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen werden.

Im Zeichen des „Funken“-Verbots

Quittung über Spenden für den Pressefonds des „Funken“:

E. H. in M. 5,— M.; A. S. in Z. 2,— M.; P. B. in Z. 2,— M.; W. A. in V. 15,— M.; L. A. in S. 7,25 M.; E. B. in B. 10,— M.; E. S. in B. 2,50 M.; H. S. in B. 4,20 M.; E. A. S. in D. 2,50 M.; H. D. in G. 5,— M.; O. W. in G. 5,— M.; d. B. in H. 1,— M.; C. B. in H. 10,— M.; W. E. in M. 5,— M.; H. K. in G. 10,— M.; G. F. in G. 3,— M.; F. K. in G. 5,— M.; N. N. in G. 6,— M.; N. N. in G. 50,— M.; N. N. in G. 10,— M.; H. O. in G. 2,50 M.; O. B. in B. 20,— M.; W. K. in B. 10,— M.; W. P. in B. 20,— M.; F. St. in B. 3,— M.; E. W. in B. 2,— M.; B. W. in B. 2,— M.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds weiter fortzusetzen.

Berlin Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14 Inselstr. 8a. Tel. P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag Verantwortl. Schriftleiter: Willi Fichter Berlin. Anzeigen: R. Lippmann. GmbH Berlin SO 36 Elisabethufer 23/29.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwall
Engelplatz 12

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“
Unterstützt!
Euro
Zeitung!
Werkt Abonnement!
Sammelt Anzeigen!
Vorzugs bei Einkäufen
unserer Inseraten!

Werbeprospekte
Zeitungen
Zeitschriften
bei billigster Preiskalkulation druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 23, Fernruf Sammelnummer P1 Moritzplatz 5471

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Land-
heime, Ferien-Lager,
Schulen u. s. W.
erhalten

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Fianelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Butter
Käse, Eier
Landbrot

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Reform Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Maßarbeit **erstklassig**
und **billig**
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hintert der Dorf-Aue 14

Röstkaffee
per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-
scheckkonto: Hamburg 71108.
Robert Ziegler, Kaffee-Versand
Hamburg 83 / Heidhörn 42.

Reparaturen v. elektr. Bügeleisen, Klingelanlagen usw.
Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- und Nachttischlampen
G. Funke, Elektrotechniker
Göttingen, Jüdenstraße 3, III.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**.
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten.
Je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, Magdeburg, jetzt
Johannisbergerstr. 10, III.

Neuerscheinung:
LEO TROTZKI
Über Lenin
Material für einen Biographen.
Mit 8 Bildern. 172 Seiten.
Broschiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2,— Mark.

Dieses Buch LEO TROTZKIs ist in einer deutschen Ausgabe bereits einmal erschienen, aber seit der politischen Verurteilung TROTZKIs und seit seiner Ausweisung aus der Sowjet-Union nirgends mehr erhältlich. Die Aufzeichnungen TROTZKIs über seinen Lehrer und den Meister der russischen Revolution sind bei ihrer Kürze das überzeugendste Dokument, das wir — außer in LENINs eigenen Schriften — über die Entwicklung der russischen Revolution besitzen.

Inhalts-Verzeichnis:
Vorbemerkung — Vorwort.
LENIN und die alte „Iekra“:
Rund um den Oktober. — Vor dem Oktober. — Der Umsturz. — Brest-Litowsk. — Die Verjagung der Konstituierenden Versammlung. — Regierungsarbeit. — Die Tschechoslowaken und die linken Sozialrevolutionäre. — LENIN auf der Tribüne. — Der Phylister über den Revolutionär.
Anhang: Ueber den Fünfzigjährigen. — Ueber den Verwundeten. — Ueber den Kranken. — Der Tote.

Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto: Berlin 318 42.



Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiter-
klasse? — Wenn Du schon kein Redner
und Agitator bist, verwende wenigstens
bei jeder Gelegenheit **Klebemarken**
mit dem Einheitszeichen. — Bestelle
die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.

Es kosten bei Voreinsendung des
Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zu-
sendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 23. Dezember:
Das lustige Weihnachtsprogramm
René Clair: „Die Million“
Charlie Chaplin in „ZIRKUS“
Heiligabend geöffnet!
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr

Caro-Petschek.

Der Prozeß zweier „Wirtschaftsführer“.

1. Ein Schundroman.

Zwei Industrie-Könige befanden sich. Auf der einen Seite: Nicodem Caro, Vorsitzender der Bayerischen Stickstoffwerke; er erfand während des Krieges, zusammen mit Frank, das Verfahren, Stickstoff aus der Luft zu gewinnen; er hat damals die gesamte österreichische Armee mit Stickstoff versorgt. Auf der anderen Seite: Ignaz Petschek, der tschechische Braunkohlen-König, den noch das Zivilkabinett Kaiser Wilhelm II. veranlaßte, ein Aktienpaket des deutschen Braunkohlen-Bergbaus zu erwerben.

Sie waren Freunde. Ihre Kinder heirateten einander. Caro gab seinem Schwiegersohn Ernst Petschek eine Mitgift von 400 000 RM. Aber die Ehe war unglücklich und wurde geschieden. Auch die Freundschaft der Schwiegerväter ging dabei in die Brüche. Caro verlangte die Mitgift zurück. Die Petscheks behaupteten, sie niemals empfangen zu haben. Eine Quittung hierüber blieb unauffindbar. Irgendwie ließen sich die beiden Parteien gegenseitig von einem Heer von Detektiven bespitzeln. Einbruchdiebstähle wurden inszeniert. Caro klagte auf Herausgabe der Mitgift. Er versicherte an Eides statt, er habe diese Mitgift gegeben. Daraufhin erstattete der ehemalige Schwiegersohn Strafanzeige gegen ihn wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung und Betrugsversuchs. Noch am 70. Geburtstag des Ignaz Petschek hatte Caro die Festrede gehalten. Als Angeklagter erklärte er jetzt, die Petscheks seien in Deutschland eingedrungen, nur um zu „räubern“. Der im „Simplizissimus“ abgebildete Chemiker hat recht:

„Meine Damen und Herren, künstlicher Stickstoff ist geruchlos, und Kohle ist geruchlos. Aber wenn sich beide verbinden und dann wieder trennen, entwickelt sich, wie wir seit dem Caro-Petschek-Prozeß wissen, ein ungewöhnlich penetranter Gestank.“

2. Kapitalistische Prozeßführung.

Der Prozeß begann in Berlin am 6. Juni. Das Caro freisprechende Urteil wurde am 23. Dezember verkündet. Erst am 67. Verhandlungstage wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Jedes Wort, das hier gesprochen wurde, wurde von beiden Parteien mitsternographiert. Das Stenogramm kostete für die Stunde 50 Mark. Die Anwaltskosten beliefen sich auf 5000 Mark pro Sitzungstag. Die Kosten des Verfahrens sind dem klagenden Braunkohlen-Kronprinzen auferlegt worden. Sie gehen in die Hunderttausende. Die Brikett-Konsumenten werden sie zahlen.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor mit dem bezeichnenden Namen Ohnesorge erklärte einmal in diesem Prozeß:

„Das Gericht ist bemüht, die Psyche (den Seelenzustand, H. Lt.) jedes Zeugen nach Möglichkeit bis ins letzte zu verstehen.“

Über die Frage, ob eine Photographie der verloren gegangenen Quittung noch vorhanden ist, hochverständig gehandelt. Als der Staatsanwalt fragte, ob die Zeugen richtete und dabei vom „Geheimrat“ Caro sprach, rief ein Anwalt des Petschek dahinter: „Sie meinen den Angeklagten Caro.“ Der Staatsanwalt erwiderte: „Ich erlaube mir, Geheimrat zu sagen.“ — Im Verlauf des Prozesses machte ein Anwalt des Petschek den Verteidigern des Caro den Vorwurf, sie bräuchten zur Vorbereitung ihrer Anträge länger als ein Huhn zum Eierbrüten. Darauf wandte sich der Verteidiger Alsborg an das Gericht mit der Frage: „Wie lange brüht ein Huhn?“ Der Richter Ohnesorge erwiderte prompt: 28 Tage. Nach einiger Zeit erklärte Alsborg: „Ich habe mich erkundigt und festgestellt, daß eine Ente 28 Tage braucht, um ein Ei auszubrüten, ein Huhn aber nur 21 Tage.“

Während dieser Prozeß lief, wurde in derselben Stadt der Arbeiter Berger zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, lediglich auf die Aussage einiger Nationalsozialisten hin, weil das Sondergericht dem Verteidiger Litten keine Zeit gab, genügend Entlastungsaussagen herbeizubringen gegenüber den verdächtigen Aussagen der NS. H. Lt.

Hitlers Kampf gegen die Rivalen in der NSDAP.

Hitler kämpft, seit Gregor Straßer gegen ihn opponiert hat, mit verzweifeltten Mitteln um die Alleinherrschaft in seiner Partei. Mitte Dezember hatte er eine Verfügung (Notverordnung!) zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung erlassen. Unter anderem wurde durch diese Verfügung eine PZK (Politische Zentral-Kommission) eingesetzt und sein P. G. Rudolf Heß zu deren Vorsitzenden bestimmt. Heß hat zu Weihnachten Ausführungsbestimmungen zu jener Notverordnung erlassen:

1. Die nationalsozialistischen Fraktionen des Reichstags, des preußischen und des bayerischen Landtags unterstehen direkt dem „Führer“.

2. Die Nazi-Vertretungen in den übrigen Länderparlamenten und in den Kommunen sind verpflichtet, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung oder Stellungnahme zu Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung vor der Einreichung der Nazi-Reichsleitung vorzulegen.

3. Alle Nazi-„Dienststellen“ haben parteiamtliche Verlautbarungen grundsätzlicher Art vor deren Veröffentlichung der PZK vorzulegen.

4. Die Schriftleiter der Nazipresse haben sich vor der Veröffentlichung grundsätzlicher Kundgebungen zu vergewissern, daß die PZK von ihrem Einspruchsrecht nicht Gebrauch gemacht hat.

5. Alle nicht vom „Führer“ selber stammenden für die Auslandspresse bestimmten Artikel und Interviews der P. G. sollen vor der Veröffentlichung der PZK vorgelegt werden.

6. Ueber die Teilnahme an Streiks oder Aussperrungen, deren Bedeutung voraussichtlich über einen örtlichen Rahmen hinausreicht, entscheidet die PZK.

Alle anlässlich solcher Kämpfe beabsichtigten Veröffentlichungen grundsätzlicher Art sind vor der Veröffentlichung der PZK vorzulegen.

Kurz: in den Parlamenten, in der Presse und bei Streiks geschieht seitens der Nazis nichts, was Hitler nicht vorher ausdrücklich gebilligt hat. Der Berliner Verkehrsstreik ist Hitler offenbar besonders in die Knochen gefahren.

Es ist bei Hitlers Cäsarenwahn einerseits und dem Ehrgeiz seiner bekannteren Unterführer andererseits nicht anzunehmen, daß der Kurs des diktatorischen Regiments in seiner Partei ohne erheblichen Krach abgehen wird. Die nächste Gelegenheit dazu ist die für Januar zu erwartende Stellungnahme des Reichstags zur Regierung Schölicher; die Frage, um die der Krach mit Straßer entbrannte, die Frage: Opposition oder Mitarbeit? wird für die Nazis dann von neuem akut.

Klassenjustiz? Klassenjustiz!

L. E. Ein junger Buchhändler stand wegen eines Stockhiebcs, den er im Juli 1932 anlässlich einer Demonstration einem Nazi verabreicht haben soll, vor dem Schöffengericht in Göttingen. Er selber behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben. Das Gericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Oppermann verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, die in der Berufungsinstanz auf neun Monate herabgesetzt wurde. Nicht die Höhe der Strafe ist das Bemerkenswerteste an dem Urteil der ersten Instanz, sondern die Begründung, die der Landgerichtsdirektor Oppermann dem Urteil gab. Der Angeklagte war früher einmal nach dem Zusammenbruch seines Buchladens wegen Betruges verurteilt, weil er Waren, die er für sein Geschäft eingekauft hatte, nicht bezahlen konnte — ein Sachverhalt, der, insbesondere in den letzten Jahren, auch noch bei anderen Leuten als dem kleinen Buchhändler vorgelegen haben soll. Dieser Fall hat natürlich nicht das Geringste mit der politischen Schlägerei zu tun, über die das Gericht zu entscheiden hatte. Es ist auch eine alte und berechtigte Uebung des Gerichts, daß bei einem Angeklagten die Vorstrafen, die nicht „einschlägig“ sind, bei der Beurteilung eines neuen Deliktes nicht berücksichtigt werden. Bei der Strafzumessung für ein politisches Vergehen sollten nach dieser Uebung etwaige Bestrafungen wegen Eigentumsdelikten u. s. w. außer Betracht bleiben. Herr Oppermann aber, der mit Stolz sein Stahlhelmabzeichen im Knopfloch trägt, wußte sich in unserem Fall zu helfen — es handelte sich ja um einen Kommunisten! — er wußte einen Zusammenhang herzustellen zwischen dem Stockhieb auf den Nazi und der früheren Verurteilung des Angeklagten wegen Betruges. Das tat er mit folgenden Worten:

„Er ist wegen Betruges verurteilt, auch auf diesem Gebiete sucht er seine kommunistischen Anschauungen in die Tat umzusetzen, wie dem Gericht bekannt ist. Er „kauft“ alles Mögliche ein und verkauft es wieder oder verwendet es für sich selbst, ohne seinen Lieferanten einen Pfennig zu zahlen. Wenn sie gegen ihn auf Grund eines vollstreckbaren Titels pfländen wollen, ist er unpfländig.“

Der Herr Landgerichtsdirektor identifiziert in diesem Urteil kommunistische Anschauungen mit Betrug. Man weiß nicht recht, worüber man sich mehr wundern soll: über die Unbildung, die aus einer derartigen Begründung spricht oder über die Unverfrorenheit dieses Richters, der sich nicht scheut, sein Amt dazu zu mißbrauchen, einen großen Teil des Volkes und eine — mag man sie auch ablehnen — besser begründete Weltanschauung zu beschimpfen und zu verleumdern, als sie der Herr Landgerichtsdirektor sein eigen nennen kann.

Was wird das Justizministerium, dem dieser Fall unterbreitet ist, dazu sagen?

Was würde es sagen, wenn ein Richter entsprechend der Urteilsbegründung Oppermanns behaupten würde, daß z. B. jesuitische oder katholische Anschauungen Betrug gleichzusetzen wären?

Herr Oppermann sagt in dem Urteil von dem Angeklagten:

„Solche Elemente verdienen, namentlich in der heutigen Zeit, vor Gericht keine Milde. Vor ihnen muß die Allgemeinheit geschützt werden, wenn wieder Ruhe und Ordnung in unserem Deutschland einkehren sollen.“

Wir meinen von einem solchen Richter: „Solche Richter verdienen vor dem Volk keine Milde. Vor ihnen muß die Menschheit geschützt werden, wenn einmal Recht und Gerechtigkeit unter den Menschen herrschen soll.“

Politische Justiz in der Amnestie-Woche.

Während der Woche vor Weihnachten (18. bis 24. Dezember) sind uns folgende Verurteilungen wegen politischer Vergehen bekanntgeworden:

Gegen Linkstehende:

insgesamt 11 Jahre 9 Monate Freiheitsstrafe, davon 8 Jahre 6 Monate Zuchthaus.

Alle diese Strafen wurden vom Reichsgericht verhängt; es handelte sich meist um sogenannten Hochverrat.

Gegen Nationalsozialisten:

insgesamt 6 Monate Gefängnis.

Amnestierte sind in Preußen bis zum Sonntagvormittag aus der Haft entlassen worden. An der Spitze stehen dabei die Oberlandesgerichtsbezirke Hamm mit 685 und Breslau mit 659 Entlassungen.

Die Flucht vor der Entscheidung.

Ältestenrat am 4. Januar.

Das Bestreben der Kommunisten, noch vor Neujahr den Reichstag einzuberufen, hat Göring dadurch hintertrieben, daß er zum 4. Januar den Ältestenrat einberufen hat. Der Ältestenrat wird erst über den Termin der nächsten Reichstagsitzung entscheiden.

Die Abgeordneten lassen also ihre Rechte mit Füßen treten, als ob sie selber nicht davon betroffen wären:

„sie haben es nicht eilig, über den Immunitätsbruch gegenüber dem kommunistischen Abgeordneten Schehr Resolution zu verlangen.“

Der Reichstag ist aber nach der Vorfassung diejenige Instanz, die einen rechtsgültigen Beschluß auf Haftentlassung des Abgeordneten Schehr fassen könnte.

Ein Fuchs unter Menschen.

E. K. Dem „Hamburger Anzeiger“ entnehmen wir folgende Schilderung eines Tierdramas von gemeinster Art:

„Vor einigen Tagen wurde mit von einem Besatzungsmitglied eines Ueborseedampfers ein jugendlicher amerikanischer Azara-Fuchs ins Haus getragen. Der sehr junge Fuchs war an der peruanischen Küste vom Schlachter des Dampfers gekauft, nur an wenigen Tagen ein wenig gefüttert, dann aber viel gejagt worden, zu welchem Zweck sich der junge Schlachter eines an Bord befindlichen Dackels bediente. Die das kleine Tier entsetzlich angstigen Hetzjagden über die Decks und die Treppen des Schiffes führten eines Tages dazu, daß der Fuchs sich vor Angst — aus seinem bisherigen Schlupfwinkel immer wieder hervorgeholt — in dem Schornsteinmantel verbergte. An Bord nahm man an, daß er vor lauter Angst über Bord gesprungen sei. Man stellte — man: die tierliebenden Besatzungsleute an Bord, die mit dem rohen Schlachterhirschen wegen des Fuchses in ständigem und ständig wachsendem Streit lebten —, also man stellte dem Tier Wasser und Futter hin, falls es über Nacht sich irgendwo hervorwagen sollte. Seinen Schlupfwinkel wußte man nicht. Den entdeckte ein Heizer erst nach 14 Tagen, als man das Tier schon längst aufgegeben hatte und der Schlachter sich freute, das „Aas“ los zu sein. Nun sprangen alle Tierfreunde des Dampfers ein, und bald war die nicht leichte Arbeit bewältigt, den armen Fuchs hinter dem Schornsteinmantel hervoroder besser gesagt: heraufzuholen. Entsetzten packte die Menschen. Aus den Augen des völlig verhungerten Tieres guckte es wie Wahnsinn. Die Hitze in diesem Zufluchtsort war stets, Tag und Nacht, so groß, daß ein Mensch seine Hand an die Wand des Schornsteinmantels gar nicht halten konnte; ein Versuch hätte mit verbrannter Haut geendet. Und in diesem Hölleort hat — dazu noch während der Reise durch die tropischen Breiten — der bedauernswerte Fuchs 14 Tage und 14 Nächte ohne jegliche Nahrung, ohne jegliche Feuchtigkeit ausharren müssen.“

Der Verfasser schilderte weiter die Bemühungen einiger Tierfreunde, den Fuchs aus den Klauen seines Peinigers zu retten. Der Versuch, ihn in Hamburg bei Tierhändlern oder in Tiergärten unterzubringen, mißlang. Sie wollten ihn nicht einmal haben, wenn sie noch Geld dazu bekämen. Schließlich nahm ihn eine Frau in Pflege. Aber auch das brachte keine endgültige Lösung. Der Fuchs braucht für seine Entwicklung kräftige Bewegung im Freien, und dazu kann ihm seine Pflegerin keine Gelegenheit geben. „Was soll man tun?“ fragt der Verfasser.

Rechtlich gesehen, müßte der Schlachter, der das Tier aus seiner Heimat vertrieben hat, gezwungen werden, es auf seine Kosten wieder dorthin zurückzuschaffen und in Freiheit zu setzen. Aber es gibt heute kein Gericht, das ein solches Urteil sprechen würde. Es gibt überhaupt keine Handhabe, solche Rohlinge zu belangen, es sei denn, einer der Augenzeugen der Quälereien hätte „Aergernis genommen“ und Anzeige erstattet. Auch dann wäre der Schlachter mit einer kleinen Geldstrafe davongekommen, die dem Fuchs nichts genützt hätte. Die Schaffung eines wirklichen Tier-schutzes steht noch als Aufgabe vor uns.

„Denn während die Menschen sich nötigenfalls, wo sie als Einzeln zu schwach sind, um ihre Rechte wahrzunehmen, durch Koalition, vermittels der Sprache, zu allmählicher Er-zwingung ihrer Rechte zusammenschließen können, ist die Möglichkeit solcher Selbsthilfe den Tieren versagt, und es bleibt daher allein der Gerechtigkeit der Menschen überlassen, wie weit diese von sich aus die Rechte der Tiere achten wollen.“ (Leonard Nelson.)

Vom Walde.

Paul Eipper, der bekannte Tierbuch-Verfasser, hat ein Waldbuch geschrieben („Der Wald“, Berlin 1932, in schönem Leinwandband 3,75 Mark), das lesenswert ist. Das heißt: das Beste daran sind die Bilder. 70 Photos. Heiß Gorny hat sie gemacht, ein junger Fotograf aus Hannover, der bisher nur durch Werbephotos bekannt geworden war.

Diese putz-feinen Seidenhäubchen des Wollgrases und der märchenhafte Fliegenpilz im Grasglocke: da muß erst dieser Photograph kommen, um uns für die Herrlichkeit dieser Winzigkeiten die Augen zu öffnen. Eine erstaunliche Photokunst. Das Hirschkalb im Schnee erinnert an die Zeichnung des Hasen von Dürer, das Binsengras im Schnee an olympische Tauchschilderungen. Doch dieses Glitzern der dünnen Eishaut über dem See und das Funkeln des Wald-bachs unter überhängendem Eis ist von einem Schwarz-Weiß-Zauber besonderer Art, der dem Photo eigen ist.

In den zauberhaften Bildern einer Wirklichkeit, von der nur die blinde Stumpfheit unserer Augen uns trennt, liegt der Reiz dieses Buches. Der Text ermüdet durch die Ueberschwenglichkeit, mit der hier ein von der Schönheit der Natur Ergreifener aufschreibt, wie er den Wald erlebte, sah, hörte, fühlte und roch.

Auch die Tierliebe des Menschen Eipper zeigt sich in diesem Buch:

„Schlaf fand ich nicht in dieser ... Sturmnacht, weil ich immer an die Tiere denken mußte im Wald, an ihre Angst, wenn rings um sie die Aeste krachen, bersten, stürzen.“

Und an anderer Stelle:

„... ich kann den Anblick der armen Kiemenwesen nicht vergessen, die oben noch im nassen Element geschwommen sind und nun auf dem Eis liegen, im Schnee sich winden, hochschnellen, so krampfhaft, daß Kopf und Schwanz sich berühren, die Augen weit hervorquellen. Plötzlich liegt die Kreatur ganz still; eine rote Bauchflosse leuchtet wie Blut; Schuppe glitzert neben Schuppe, ein silberner Panzer. Tot? Erstickt? Nein; nach kurzer Pause hebt das Rippen wieder an, der aussichtslose Kampf.“

„Ich bin froh um jeden Fisch, der dem Meister zu kummert ist. Lohlos plumpert der kleine Karl ins Wasser, versackt erst wie ein Stein, merkt dann, daß sich die Situation für ihn gebessert hat und schwimmt mit flitzenden Stößen davon.“

Konsequent ist er nicht, dieser Tierfreund, denn das alles hindert ihn nicht, noch „mit Vorliebe schwackhaftes Fischfleisch“ zu essen. — el.

Argentiniens Krisenkampf 1932.

Wir beginnen heute mit der angekündigten Reihe zusammenfassender Berichte zum Jahreschluß. Als ersten Bericht veröffentlichen wir hier den unseres argentinischen Mitarbeiters.

Krisenüberwindung oder Krisenverschleppung? Das war auch für Argentinien das Problem des Jahres 1932. Daß auch hier eine selbständige Lösung dieses Problems nur so weit möglich gewesen wäre, als es sich um die inneren Schwierigkeiten handelte, ist klar. In bezug auf die internationalen Krisenursachen, zum Beispiel die Zollschränken, ist Argentinien ebenso wie andere Länder auf eine internationale Verständigung angewiesen.

Eine vorurteilsfreie Prüfung zeigt aber, daß auch hier, wie überall, der ehrlichste und gesündeste Weg der wäre, zunächst die Mißstände in der eignen Wirtschaft zu beseitigen und dann erst mit dem Gewicht dieser bereinigten und deshalb stärkeren Wirtschaft an eine Beeinflussung der internationalen Beziehungen heranzugehen, als umgekehrt auf besseres internationales Wetter zu warten und mittlerweile die Lage im eignen Lande sich verschlimmern zu lassen oder gar durch falsch Maßnahmen selber zu verschlechtern. — Was heißt das in diesem Falle?

Die Hauptschwierigkeit.

Argentinien als Agrarland (bei dessen Beurteilung zu berücksichtigen ist, daß seine Erntezeiten infolge seiner Lage auf der südlichen Halbkugel immer ein halbes Jahr später liegen als in den Ländern der nördlichen Erdhälfte) hängt in seiner Wohlfahrt naturgemäß von der Rentabilität seiner landwirtschaftlichen Produktion ab. Deren Entwicklung in den letztvergangenen Jahren wird durch die folgenden Zahlen beleuchtet:

	Saatfläche in Hektar	Ertrag in Tonnen	Durchschnittspreis für 100 Kilo in Reichsmark z. ungeläuteten Papierpesos	Durchschnittspreis für 100 Kilo in Reichsmark z. ungeläuteten Papierpesos
Weizen:				
1928	9 220 000	9 499 000	10,50	18,58
1930	8 613 000	6 821 000	9,60—5,30	14,70—8,10
1931	6 999 000	5 950 000	5,40	6,59
1932	8 009 000 (noch unbekannt)		z. Zt. 5,70	4,96
Mais:				
1928	4 788 000	6 412 000	8,53	15,10
1930	5 575 000	10 510 000	6,25	8,08
1931	5 855 000	6 815 000	3,84	4,68
1932	?	10 000 000	4,00	3,48
Lein:				
1928	2 810 000	1 991 000	15,40	27,26
1930	3 040 000	1 990 000	15,59	23,85
1931	3 497 000	2 171 000	10,40	12,69
1932	2 995 000 (noch unbekannt)		z. Zt. 8,90	7,74

Einer im Mengendurchschnitt ungefähr gleichbleibenden Erzeugung stehen also außerordentlich stark gesunkene Gelderträge gegenüber. Und zwar sind diese Erträge schon in der Landeswährung seit ihrem Höchststande rund auf die Hälfte gesunken. Eine Umrechnung auf Goldpreise ergibt eine noch stärkere Senkung (siehe letzte Spalte unserer Tabelle!).

Der Weizenpreis ist danach fast auf ein Viertel, der Maispreis auf weniger als ein Viertel seines Höchststandes gesunken.

Bei den anderen Ausfuhrprodukten des Landes, zum Beispiel Fleisch und Wolle, liegen die Verhältnisse ähnlich. Das heißt also: das Einkommen des Landes ist gesunken, mit anderen Worten: es ist ärmer geworden.

Die Folgen früherer Wirtschaftssünden.

Da nun früher die argentinische Wirtschaftspolitik auf gleichbleibenden oder gar steigenden Wohlstand eingestellt war, insbesondere in der Anleihepolitik, mußte die Lage kritisch werden, wenn die Entwicklung den umgekehrten Weg ging. Dann mußte sich herausstellen, daß das Land seinen Auslandsverpflichtungen nicht mehr oder nur noch unter schweren Opfern nachkommen konnte. Tatsächlich beschäftigte man sich in Argentinien fast dieses ganze Jahr hindurch mit der Frage, ob und wie der Schuldendienst erfüllt werden könnte — ein den Umständen nach fast aussichtsloses Bemühen! Das wurde vom Ausland durch niedrige Kursbewertung der argentinischen Anleihen deutlich ausgedrückt.

Ein Schuldner wie Argentinien täte sicherlich besser daran, zunächst einmal seine eigene Wirtschaft zu bereinigen, seine wirkliche Zahlungsfähigkeit festzustellen und dann eine ehrliche Regelung mit seinen Gläubigern anzustreben, als zu versuchen, eine Zahlungsfähigkeit vorzutäuschen, die nicht mehr vorhanden ist und an die auch kaum noch jemand glaubt. Da indes dieser ehrliche Weg nicht beschritten wurde, verschlimmerte sich die Lage der argentinischen Wirtschaft im Jahre 1932 immer mehr.

Konkurse, Arbeitslosigkeit.

Im Lande selber zeigt sich diese Verschlechterung der Wirtschaftslage vor allem in der verzweifeltsten Lage der Landwirtschaft.

Von den Pächtern und Kleinbauern sind bereits viele in Konkurs geraten. Die großen Grundeigentümer werden dagegen von den Banken nachsichtvoller behandelt; denn wenn sie fielen, würden viele Banken mit ihnen fallen. Besonders die Nationale Hypothekenbank und die Nationalbank sehen sich zur Nachsicht gezwungen.

Die Notlage der Landwirtschaft, des Rückganges des Landes, drückt sich natürlich in entsprechend schlechtem Geschäftsgang in allen Gewerbebezügen aus. Daß der Import gegenüber dem Vorjahre um rund 40 Prozent und gegenüber 1930 um volle 50 Prozent gesunken ist, drückt die vorhin erwähnte Verarmung des Landes in anderer Form aus und voranschaulicht zugleich die eingetretene Schrumpfung des Handels. Da trotz des Erstarkens einiger von den Hochschutzzöllen besonders begünstigten einheimischen Industrien auch heute noch sehr viele Industrieerzeugnisse nicht im Lande produziert werden können, läßt dieser Rückgang der Einfuhr außerdem den Abfall der Massenkaufkraft erkennen.

Den deutlichsten Ausdruck findet die Krise jedoch in der Arbeitslosigkeit. Bis vor kurzem gab es darüber überhaupt keine amtlichen Zahlenangaben. Dann beschloß der Kongreß eine Zählung, als deren Ergebnis 334 000 Arbeitslose gemeldet wurden. Angesichts der angewandten Zählmethoden muß man jedoch sehr erhebliche Zweifel in die Richtigkeit dieser Zahlen setzen; mit Sicherheit kann man die wirkliche Zahl der Arbeitslosen erheblich höher schätzen. Was das in einem Agrarland bedeutet, dessen Hauptproduktion zwar entwertet, mengenmäßig aber kaum gesunken ist, kann man sich wohl auch außerhalb Argentiniens vorstellen! Dabei gibt es

für Arbeitslose keinerlei staatliche Unterstützung; die Arbeitslosen sind auf private Wohlthätigkeit angewiesen. Das Elend unter ihnen ist deshalb unbeschreiblich.

Und die Arbeiterschaft?

Die Arbeiterschaft hat allem Anschein nach die Bedeutung der wirtschaftlichen Vorgänge noch nicht im entferntesten begriffen. Denn wenn auch hier und da kleine Streiks aufgeflackert sind, wie zum Beispiel die der Bäcker, Telefonarbeiter, Taxichauffeurs, Straßenbahnschaffner, so handelt es sich dabei doch immer nur um Lohnkämpfe in engem Rahmen.

Eine geschlossene Stellungnahme zu den Zeitproblemen und entsprechende wirtschaftspolitische Forderungen fehlen dagegen ganz. Die Ursachen sind offenbar fehlende Erkenntnis der Zusammenhänge und Mangel an einheitlicher Führung.

Argentiniens „Osthilfen“.

Die Krisenmaßnahmen sowohl der Diktator Uriburu wie der verfassungsmäßigen Regierung Justo zeichnen sich aus durch Mangel an Originalität. Sie stellen einen bloßen

Abklatsch der in anderen Ländern schon vorher ergriffenen Maßnahmen dar und sind mithin

so arbeiterfeindlich wie diese:

die Kurskontrolle, die den Kurs des Peso auf einer niedrigen Stufe hält und damit die Verarmung aller Lohn- und Gehaltsempfänger endgültig macht; die Umsatz-, Lohn-, Einkommen-, Stempel- und anderen Steuern; das Einwanderungsverbot — alles geht darauf hinaus, Produktion und Konsum zu belasten, die Freiheit der Arbeiterschaft zu schmälern und ihre Kaufkraft zu verringern, dabei aber die großen Schuldner zu stützen. Soweit vernünftige Maßnahmen geplant waren, wie zum Beispiel die Bereinigung des Staatshaushalts und ein Sparprogramm, sind sie in der Durchführung weit hinter dem gesteckten Ziel zurückgeblieben.

Was die Landwirte angeht, so muß man unterscheiden zwischen großen und kleinen. Von letzteren sind die meisten Pächter (70 Prozent aller argentinischen Landwirte sind Pächter); sie haben unter der Entwertung der Agrarprodukte am meisten gelitten. In vielen Fällen konnten sie aus dem Ernteerlös nicht einmal mehr die Pacht aufbringen und wurden deshalb vom Lande verjagt. Aber auch die kleinen Landeigentümer sind in größter Not, da ihnen nicht dieselben Kreditquellen offen stehen wie den großen. Die großen Landwirte, oder besser gesagt, die Großgrundeigentümer — denn nur wenige bearbeiten ihr Land selber — sind dagegen die Nutznießer der Regierungsmaßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft als da sind: Stundung von Hypotheken und Hypo-

Kampfpapieren für Arbeiter und Bauern.

Die Ziele, die im neuen Jahre von der Arbeiterschaft und den Bauern Argentiniens verfolgt werden sollten, ergeben sich aus dem bisher Gesagten:

Die dringendste Forderung für die Arbeiter ist die, daß ein weiterer Lohnraub auf alle Fälle vermieden wird — also keine Fortsetzung der Inflation, sondern Stabilisierung und möglichst Wiedererhöhung des Pesokurses. Unterstützung der Arbeitslosen auf Kosten der Kapitalisten und arbeitenden Arbeiter, Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, besonders der Wegebaupläne, die auch für die Landwirtschaft sehr wichtig sind. Keine neuen Steuern auf das Arbeitseinkommen und auf den Massenkonsum. Beseitigung des Wehretats und Verwendung der dafür bisher verschwendeten Mittel zur Linderung der Not unter den leidenden Massen.

USA

27 Prozent des gesamten rollenden Eisenbahnmateriale lag 1931 still. Diese 27 Prozent repräsentierten einen Investitionswert von mehr als einer Milliarde Dollar. In der Eisenbahnbedarfsindustrie fehlt es fast völlig an Neuaufträgen von Seiten der Eisenbahngesellschaften.

Der zweitgrößte Unternehmer der Welt: die Regierung der Vereinigten Staaten. Der von der New York Trust Company herausgegebene „Index“ stellt fest, daß die Washingtoner Regierung nach der Sowjet-Union der größte Unternehmer der Erde ist. Die beiden wichtigsten Regierungsunternehmen sind die Postverwaltung und der Panamakanal. Ferner besitzt die Regierung der USA die größte Bank der Welt, die Reconstruction Finance Corporation.

Regierungsausgaben und Volkseinkommen: Der künftige Präsident Roosevelt machte bei einer Rede in Pittsburgh folgende Angaben: 15 Milliarden Dollar Regierungsausgaben, das war ernst genug, als das Volkseinkommen 90 Milliarden Dollar betrug, wie im Jahre 1929. Es wird vernichtend, wenn das Volkseinkommen auf 45 Milliarden Dollar fällt. — Richtig!

HOLLAND

Die Erhöhung des Einfuhrzollens um 30 Prozent wurde von der holländischen Ersten Kammer mit 25 gegen 21 Stimmen angenommen. Die Regierung will den Vertrag von Ouchy, der bekanntlich Zollsenkungen vorsieht, nicht ratifizieren, solange nicht wenigstens Deutschland, England und Frankreich sich mit der gemäß jenem Vertrag beabsichtigten Abweichung von der Meistbegünstigungsklausel einverstanden erklärt haben. — Die Zollhöhung tritt am 1. Januar in Kraft mit Rückwirkung auf den 29. September 1932. Die Zollsenkung gemäß dem Vertrag von Ouchy dagegen wird auf die lange Bank geschoben. Ist Holland noch ein Freihandelsland?

thekeinzinsen, Schutz vor Zwangsversteigerungen bei Unfähigkeit zur Rückzahlung fälliger Hypotheken, und vor allem die Inflation.

Was wird weiter geschehen?

Zur Zeit erhebt die Presse der Großagrarien die Forderung, daß die Regierung dem Geldmangel abhelfen müsse, um die darniederliegende Wirtschaft zu beleben. Mit anderen Worten:

Man fordert die Fortsetzung der schon begonnenen Inflation.

Die dies fordern, die Großschuldner, besonders die Großagrarien, hoffen auf diese Weise den Bankrott zu vermeiden und ihre Schulden auf bequeme Art los zu werden. Der Finanzminister, Dr. Hueyo, zeigt sich indes bisher noch wenig geneigt, diesem Verlangen in vollem Umfange nachzugeben, wenn er auch schon Zugeständnisse machen mußte. Man will ihn deshalb zum Rücktritt zwingen. Andererseits ist jedoch England, das in Eisenbahnen und Ähnlichem große Kapitalien in Argentinien angelegt hat, naturgemäß an einer Inflation wenig interessiert. So erklärt sich vielleicht, daß demnächst Sir Otto Niemeyer (von der Bank von England) hierher kommen soll, um die argentinische Regierung in Finanz- und Währungsangelegenheiten zu „beraten“. Wer die Oberhand behält, die inflationslusternen Großagrarien oder die vernünftigeren Kreise einschließlich der englischen Kapitalisten, ist eine bloße Machtfrage. Bemerkenswert ist jedoch, daß

die Arbeiterschaft, die doch an dem Lohnraub, den eine Inflation darstellen würde, gewiß nicht das geringste Interesse haben kann, bisher zu dieser wichtigen Frage kaum Stellung genommen hat.

Allerdings sieht es auch mit der Freiheit der Arbeiter in Argentinien immer schlechter aus. Der Nationalismus schießt auch hier zur Zeit tüchtig ins Kraut. Kürzlich beantragte ein Abgeordneter im Kongreß bereits, den Kommunismus einfach zu verbieten (wobei zu berücksichtigen ist, daß man hier Arbeitslose, die ihre Rechte geltend machen wollen, als Kommunisten bezeichnet). Ansätze zur Herausbildung einer reinen Klassenjustiz, natürlich gegen links gerichtet, zeigen sich auch schon in gewissen Verfügungen des Justizministers und in Gesetzesanträgen. Die Pressefreiheit ist auch stark gefährdet; der Postdirektor nahm sich bereits heraus, den Versand einer Zeitung, die die Regierung angegriffen hatte, zu verbieten, mußte dieses Verbot allerdings rückgängig machen. Die Tendenz wird dadurch indes gekennzeichnet.

Die im Staatshaushaltsplan für 1933 vorgesehene neuen Steuern gehen auch wieder in erster Linie zu Lasten von Produktion und Konsum, vor allem aber zu Lasten des letzten und treffen damit erneut die Arbeiter. Zwar sind andererseits Wegebauten vorgesehen, sowie Kolonisierungsmaßnahmen und der Bau von Getreideelevatoren; doch ist noch abzuwarten, was von diesen Plänen Wirklichkeit wird. Bisher hat man schon so viele Pläne scheitern sehen, daß man in Bezug auf die Durchführung solcher hauptsächlich im Interesse der Arbeiter und Kleinbauern liegenden Projekte mit Recht sehr zweifelhaft wird, zumal wenn man die Machtverteilung im argentinischen Staatswesen kennt. Mit größerer Sicherheit kann man dagegen damit rechnen, daß an dem übertrieben hohen Wehretat Argentiniens, der im Voranschlag noch eine Steigerung gegenüber 1932 aufweist, nicht viel gestrichen wird.

Für die Bauern handelt es sich jedoch über diese Forderungen hinaus in erster Linie darum, das Grundproblem der argentinischen Wirtschaft anzugreifen: die Bereinigung der Grundeigentumsverhältnisse. Keine weiteren Rücksichten und Unterstützungen an die Großgrundeigentümer! Sie sollen die Folgen ihrer früheren Handlungen selber tragen und, wenn sie sich nicht selber helfen können, Bankrott machen. Auf diese Weise würde die heute bestehende Bodensperre endlich aufgehoben und einer Gesundung der argentinischen Verhältnisse der Weg frei gemacht werden.

Nichts von alledem ist aber erreichbar, solange die Arbeiter- und Bauernschaft zersplittert ist. Über allen wirtschaftlichen Reformprogrammen muß also die eine Forderung stehen: Arbeiter und Bauern Argentiniens, vereinigt Euch!

Buenos Aires, Anfang Dezember 1932.

D. B.

DEUTSCHLAND

Definag und Tilka gegründet: Die von uns ausführlich beschriebenen Institute zur Bankrottverschleierung sind am 23. September gegründet worden, ein Weihnachtsgeschenk für die Kapitalisten. — Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Oktober bis 30. September, sodaß die Bilanz mit den Jahresbilanzen der Großbanken nicht vergleichbar ist; es ist wohl Absicht, die Bilanzkritik auf diese Weise zu erschweren. Die Tilgungskasse wird überdies als „Verein“ wohl öffentlich überhaupt nicht Bilanz ablegen.

35 Prozent der Handelsflotte liegt still. Von der deutschen Gesamttonnage von 4,2 Millionen Bruttoregistertonnen liegen rund 35 Prozent still, doppelt so viel wie im Vorjahr. Da von der gesamten Welthandelsflotte nur etwa 20 Prozent stillliegen, ergibt sich, daß die Lage der deutschen Schifffahrt besonders schlecht ist. (Nach dem Jahresbericht der Handelskammer Hamburg.)

Die Walzwerkproduktion war im November dieses Jahres beträchtlich höher als vor einem Monat und als im November vorigen Jahres. Sie betrug insgesamt 391 063 Tonnen; das sind arbeitstäglich 16 294 Tonnen gegenüber 14 211 Tonnen im Oktober und 15 471 im November 1931.

4000 Neueinstellungen meldet die I.-G.-Farben-Industrie einschließlich Leuna und der Bergwerksunternehmungen aus den letztvergangenen Monaten.

Kontingente: Die Einfuhr von Schweineschmalz wird bis zum 16. Februar kontingentiert; es handelt sich dabei um ein Zwischenkontingent zur Vermeidung von Voreinfuhren. Ferner wird die Einfuhr von Rundholz und Scheitholz zur Herstellung von Holzgasen (zum Beispiel für Papierfabrikation) kontingentiert. — Zwei der Wirkung nach wohl nicht sehr belangreiche Zugeständnisse des Reichswirtschafts- an das Reichernährungsministerium,